

KOMMUNALWAHL
PROGRAMM
2021
FÜR GÖTTINGEN

EIN GÖTTINGEN
FÜR ALLE. **SPD**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
Wirtschaft und Arbeit für Alle: Durch Wissenstransfer und Handel.....	4
Sozialpolitik: Eine solidarische Stadt für Alle.....	12
Gleichstellung: Alle Menschen sind gleich	15
Integration: Alle Menschen sind gleich – „Zum Zweiten“	16
Inklusion: Alle Menschen sind gleich – „Zum Dritten“	18
Alle gegen Rechts in Göttingen	19
Bildung für Alle: Chancen erhalten – Herausforderungen gestalten.....	21
Kulturpolitik: Kulturelle Vielfalt und Teilhabe für Alle	28
Umweltpolitik: Eine lebenswerte Stadt für Alle	33
Klimaschutz für Alle	33
Mobilität für Alle – Verkehrswende in Göttingen	37
Erholung in der Natur für Alle	40
Wohnungsbau: Zukunftssichernder Umbau für Alle	42
Sportpolitik: Raum für Alle	45

Liebe Göttingerinnen und Göttinger,

vor Ihnen liegt das Kommunalwahlprogramm 2021 der SPD-Göttingen. Darin stellen wir Ihnen unsere zentralen Ziele für die nächsten fünf Jahre vor. Sie sind nicht bis in die letzte Einzelheit ausformuliert, aber doch so klar und konkret, dass Sie wissen können, wo mit der SPD „die Reise hingeh“.

Wir decken damit nicht alle Politikfelder ab. Wir haben uns nur auf die wichtigsten Bereiche beschränkt.

Das sind für uns

- Wirtschaft und Arbeit,
- Sozialpolitik,
- Gleichstellung,
- Integration,
- Inklusion,
- Politik gegen Rechts,
- Bildung,
- Kultur,
- Umwelt mit Klimaschutz, Mobilität und Naherholung,
- Wohnungsbau.
- Sport.

Wie bei den Kommunalwahlen 2016 steht dieses Programm wieder am Ende einer langen Reihe von Gesprächen zwischen der SPD und den Bürger*innen. In vielen Gesprächen, bei den „Roten Tischen“, bei Besuchen „Fraktion vor Ort“ und in Treffen mit Expert*innen haben wir Anregungen gesammelt, die zunächst in die Formulierung von Thesen eingegangen sind. Diese Thesen haben wir dann auf Bürger*innenforen – wir nannten sie „Programmfabriken“ – diskutiert. Dazu waren Bürger*innen und Fachleute eingeladen.

Viele der Anregungen sind in das Wahlprogramm eingegangen. Wir hoffen nun, dass das fertige Programm in vielen Punkten „ins Schwarze“ trifft.

Wenn Sie nach der Lektüre des Programmes Fragen haben, dann nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Persönlich oder per Telefon und Internet:

SPD Göttingen, Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen
Tel: 0551 – 50311-20
Mail: info@spd-goettingen.de

Ihre SPD-Göttingen

Insa Wiethaup Sylvia Binkenstein Elvan Tekindor-Freyjer Uwe Löding Cornelius Schley

Wirtschaft und Arbeit für Alle: Durch Wissenstransfer und Handel

STARKER WIRTSCHAFTSSTANDORT GÖTTINGEN

Im fusionierten Großkreis hat Göttingen als Oberzentrum an Bedeutung gewonnen. Unsere Stadt ist jung, lebendig, international und weltoffen. Universität, Fachhochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen von Weltruf machen Göttingen zu der „Stadt, die Wissen schafft“. Eine gut aufgestellte, zukunftsfähige Wirtschaft profitiert von der zentralen Lage in der Mitte Europas.

Neben den Global Playern Sartorius, Novelis, Mahr, SMP und Evotec bilden kleine und mittlere Unternehmen das Rückgrat der Göttinger Wirtschaft. IT-Dienstleister, Logistiker und Handwerksbetriebe stärken den zentralen Standort in Südniedersachsen. Gemeinsam mit dynamisch wachsenden Unternehmen im Bereich der Messtechnik, Biotechnologie und Photonik schaffen sie Perspektiven für Berufseinsteiger. Im Sciencepark, am Uni-Nord-Campus und am Güterverkehrszentrum fördert die Stadt Göttingen über ihre Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GWG) innovative Unternehmen und Gründer mit hochwertigen Gewerbeflächen und Immobilien.

Wissenschaft und Hochschulen sichern Beschäftigung und sorgen für ständigen Wissenstransfer in unsere Stadtgesellschaft. Dieses Potenzial gilt es weiter zu entwickeln. Die SPD Göttingen begrüßt deshalb die Öffnung der Universität und ihr aktives Engagement als Teil des städtischen Lebens. Um neuen Herausforderungen gewachsen zu sein, wollen wir gemeinsam mit Unternehmen, Hochschulen und Wissenschaft die Zukunft unserer Stadt aktiv gestalten. Dafür braucht es eine gezielte Strategie, die die Bürger*innen einbezieht.

Wir sehen darin auch eine Möglichkeit, nach dem Ende der Pandemie besser „durchstarten“ zu können. Wie lange die wirtschaftliche Situation durch die Pandemie beeinträchtigt wird, lässt sich nur schwer voraussagen. Der Haushalt der Stadt wird kurzfristig stark sinkende Steuereinnahmen verkraften müssen. Alleine werden die Kommunen die Verluste aber nicht bewältigen. Göttingen hat nach Jahren hoher Verschuldung und der harten Entschuldung wieder eine Haushaltslage erreicht, die Investitionen zulässt.

Wir werden nun verantwortungsvoll entscheiden, wie die wichtigsten Vorhaben umgesetzt werden können. Der von der Bundregierung angekündigte Teilausgleich der Steuerverluste könnte eine Hilfe sein, notwendige Investitionen umzusetzen.

GÖTTINGEN SCHAFFT ARBEIT DURCH WISSEN

Als „Stadt, die Wissen schafft“, stellt Göttingen Bildung auch in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Stadtentwicklung. Unsere Stadt pflegt die strategische Partnerschaft zu den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Davon profitieren viele Bereiche in Göttingen. Das gilt es weiter zu fördern.

Neben der Universität sind mittlerweile alle großen Forschungsgesellschaften in Göttingen ansässig. Ergänzt wird dies durch die Hochschulen HAWK und Private Hochschule PFH. (s. Abschnitt „Bildung für alle“) Dort arbeiten 15.000 Menschen. In den letzten Jahren hat sich ein starkes Netzwerk aus Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt, um in Stadt und Region Innovationen zu fördern. Der SüdniedersachsenInnovations Campus (SNIC) will Innovation in Unternehmen voranbringen und Ausgründungen fördern. Andere Bereiche der Wirtschaft

müssen marktgerechter werden, brauchen moderne Betriebsabläufe oder Umstellung auf digitale Systeme. Gerade nach der Corona-Krise sind Unternehmen gefährdet, die sich nicht veränderten Rahmenbedingungen anpassen können. Umso wichtiger ist eine gezielte Beratung auch zu geeigneten Förderprogrammen.

- Wir unterstützen deshalb den SNIC, weil vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die Herausforderungen der wirtschaftlichen Dynamik gewappnet werden müssen. Innovations- und Technologieberatung sollen Betriebe in Göttingen und der Region dabei helfen, sich zukünftigen Entwicklungen anzupassen.

Göttingen hat ein großes Potenzial für Gründer. Neugründungen, Ausgründungen aus Universität und wissenschaftlichen Einrichtungen sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Neben akademischen Gründern gibt es auch andere Bereiche für Gründungen z. B im Handwerk oder der Kreativwirtschaft. Um den Gang in die Selbstständigkeit zu wagen und finanziell zu leisten, bedarf es einer guten Beratung und Risikokapital. Im Gründungsforum Region Göttingen haben sich Netzwerkpartner zusammengeschlossen. Eigene Gründungsbeauftragte sind an der Universität aktiv und arbeiten mit Wirtschaftsförderern, Kammern und Fachhochschulen regional vernetzt zusammen.

- Wir halten es für notwendig, Gründungsaktivitäten regional abzustimmen und diesen Gründern eine intensive fachliche Beratung zu bieten. Deshalb unterstützen wir diese Aktivitäten.

START-UPS

Start-ups und Spin-offs werden bei der Gründung intensiv von Mentoren und Unternehmern im Life Science Accelerator begleitet. Dies wird von den Sparkassen unterstützt und stärkt Gründer*innen in der Anfangsphase. Diese Förderung muss fortgeführt werden. Neben der Finanzierung ist die Raumfrage eine große Hürde. Die Goetec auf den Zietenterrassen und auch der Science Park in Göttingen bieten aber bezahlbare Flächen für Gründer*innen. Die geplante Life Science Factory auf dem ehemaligen Sartorius-Gelände wird sich zu einem hochwertigen Gründerzentrum mitten in der Stadt entwickeln.

- Wir unterstützen dieses beispielhafte Projekt.

Wir brauchen aber weitere solcher Initiativen und hoffen, dass auf dem NordCampus der Uni ein weiteres Technologiezentrum entstehen kann, wo Startups Räume finden. Wir setzen darauf, dass die Universität dort ihre Pläne für ein IT-Zentrum umsetzt. Die Stadt engagiert sich in der Projektentwicklung mit ihrer Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

- Diese Entwicklung auf dem NordCampus unterstützen wir und wir setzen uns generell dafür ein, dass in Göttingen die räumlichen und finanziellen Voraussetzungen für Gründer*innen weiter verbessert werden.

FORSCHUNG DER SPITZENKLASSE

Im Bereich der Grundlagenforschung und im Rahmen der anwendungsorientierten Forschung sind bei uns bahnbrechende Leistungen erbracht worden. Die besonderen Stärken in Göttingen und der Region liegen vor allem in den Bereichen Life Science und Clean Technology, Medizintechnik und Biotechnologie. Die Kooperation der Göttinger Universitätsmedizin mit der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in der Medizintechnik und dem Gesundheitsmanagement sind hervorragende Beispiele für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Max-Planck-Institute liefern hochwertige Erkenntnisse u. a. in der medizinischen Grundlagenforschung. Das ‚Plasma for Life‘ Cluster arbeitet umsetzungsorientiert für die Medizintechnik.

In der Pandemie ist die Bedeutung der medizinischen Forschung sichtbar geworden. Sowohl bei der Entwicklung eines Impfstoffes als auch bei der Erforschung von Verbreitung und Behandlung der Covid-19-Erkrankung sind Göttinger Forscher und Unternehmen der Medizintechnik und Biotechnologie beteiligt. Wir wollen, dass sich Göttingen als Standort der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung weiterentwickelt.

DAS NETZWERK DER GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Die Gesundheitswirtschaft befindet sich zurzeit auf der Erfolgsspur und entwickelt sich zunehmend zu einem bedeutenden Wirtschafts- und Beschäftigungszweig. In mehreren Stadtteilen entstehen medizinische Fachzentren und Dienstleister, die die medizinische Versorgung weiter ausbauen. Es entstehen zusätzlich Arbeitsplätze im qualifizierten Bereich. Viele Kliniken, Ärzte, Verbände, Forschungs- und Fortbildungseinrichtungen sind Mitglieder des Vereins „Gesundheitsregion Göttingen“, der eine kreisübergreifende Plattform für Institutionen, Kommunen, Unternehmen und Beschäftigte der Medizinwirtschaft bietet. Die Gesundheitsregion will Akteure aus allen Bereichen des Gesundheitswesens in einem aktiven Netzwerk zusammenbringen. Mit der Zusammenarbeit im Netzwerk wird auch die Ausbildung von Fachkräften verbessert.

- Wir unterstützen die Arbeit der Gesundheitsregion mit aller Kraft.

Für die medizinische Versorgung in Stadt und Region ist die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) unverzichtbar. Deshalb wird der Neubau des Universitäts-Klinikums benötigt. Es geht dabei um die bestmögliche Gesundheitsversorgung in der Region und Zukunftsfähigkeit des Medizinstandortes Göttingen. Es geht aber dabei auch um gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der UMG. Sie ist der größte Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in unserer Stadt.

- Gemeinsam mit ihren Göttinger Landtagsabgeordneten Dr. Andretta setzt sich die SPD-Göttingen bei der Landesregierung für eine Realisierung des Neubaufvorhabens ein.

GEWERBEFLÄCHEN RESSOURCENSCHONEND ENTWICKELN

Die Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen auf Göttinger Gebiet ist hoch. Die wenigen im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Gebiete reichen nicht aus, um die aktuell fehlenden 100.000 m² im relativ engen Stadtgebiet bereitzustellen. Daher gilt es, den Bedarf ressourcenschonend zu decken. Es muss das Ziel sein, gewerbliche Brachflächen zu reaktivieren, nicht mehr genutzte Produktionsstandorte neu zu belegen, zu verdichten und flächenschonend Gewerbegebiete zu erschließen.

Gute Beispiele einer Umnutzung von ehemaligen Produktionsstandorten sind bereits umgesetzt oder im Bau: Auf dem ehemaligen Firmengelände der Sartorius AG entsteht ein neues urbanes Quartier mit dem Nutzungsmix: Wohnen, Bilden, Gründen. Im alten Telekomgebäude sind nun Teile der Stadtverwaltung untergebracht, auf dem ehemaligen Hutamaki-Gelände in Weende ist ein attraktives Wohngebiet entstanden.

Die Siekhöhe kann sich zu einem städtebaulich spannenden Areal entwickeln. Die an das Güterverkehrszentrum angrenzende Industriebrache wäre geeignet für Logistikdienstleister. Die ehemalige Mehle-Fläche darf nicht als Spekulationsobjekt verkommen.

- Für die SPD ist dabei klar, dass wir eine hohe Verantwortung tragen, eine weitere Versiegelung von Grün- und Ackerflächen am Stadtrand möglichst zu vermeiden. Auch sind die Klimaziele der Stadt zu berücksichtigen. So muss auch über die weitere Nutzung des Dragonerangers – als Naherholungsgebiet oder in anderer Weise, aber nicht als Gewerbegebiet – nach der Kommunalwahl ein breiter Beteiligungsprozess stattfinden.

LOGISTIK SMART UND KLIMAFREUNDLICH

Aufgrund seiner zentralen Lage in der Mitte Europas, seinem direkten Anschluss an die Nord-Süd-Trasse der Bahn und die Bundesautobahn hat sich Göttingen als erfolgreicher Logistikstandort etabliert. Mit dem Bau der Güterverkehrszentren GVZ I und GVZ II und der Krananlage der Bahntochter DUSS wurde der Standort Göttingen erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit der Entwicklung des Logistikparks am Siekanger stehen insgesamt 42 ha Fläche zur Verfügung.

- Wir setzen uns weiter für den Ausbau einer leistungsstarken Logistik ein.

Wir wollen mehr Güter auf der Schiene transportieren. Daher unterstützen wir die Forderungen an die Bahn, endlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen: Längere Güterzüge, Ausweichgleise und bessere Umschlagzeiten, damit mehr Ladekapazitäten erreicht werden sind nötig.

- Wir wollen, dass der Verladebetrieb auf die Schiene am GVZ-Güterbahnhof ausgebaut wird, damit mehr Güter per Bahn transportiert werden können. Dringend erforderlich ist auch eine Optimierung des Schienengüterverkehrs, um Schwerlastverkehr zu reduzieren.
- Auch für noch nicht angeschlossene Logistikzentren in Göttingen sollte mittelfristig ein Gleisanschluss realisiert werden, wie z. B. das Industriegleis.

LOGISTIK DIGITALISIEREN

Der Logistikstandort Göttingen hat als Teil der Logistikregion „MitteD“ Entwicklungspotenzial und Kraft für Innovation. Das gilt es zu fördern. Um die hohen Anforderungen der Kunden zu erfüllen, arbeiten IT-Dienstleister und Logistiker am Standort Göttingen gemeinsam mit Unternehmen und Hochschulen intensiv an der Umstellung gewohnter Arbeitsprozesse bei Lagerhaltung und Warenversand.

Digitale Logistik muss international vernetzt werden, damit neue Geschäftsfelder und gute Chancen entstehen können. Logistik 4.0 erfordert hohe Kompetenz und gut ausgebildete Fachkräfte. Daher ist die Ausbildung besonders wichtig. Umstellung auf smarte Logistik funktioniert nur mit gut vorbereiteten Mitarbeiter*innen. Duale Studiengänge und duale Ausbildung an unseren Universitäten sichern die fachliche Voraussetzung dafür.

- Wir werden den Logistikstandort Göttingen als Teil der Logistikregion „MitteD“ weiter fördern.

HANDWERK IST UNVERZICHTBAR

Handwerksbetriebe sind eine zentrale Stütze unserer Wirtschaft. Durch den Bauboom und Investitionen in Sanierung von Altbauten und Infrastruktur ist die Auftragslage im Handwerk sehr gut. Unsicherheiten gibt es bei Branchen, die durch die Pandemie größere Ausfälle zu verkraften haben. Durch die Hilfsprogramme sind Härten aber vorläufig abgefedert worden.

Dennoch wird sich das regionale Handwerk nur dann gut behaupten können, wenn weiterhin genügend qualitativ und quantitativ ausgebildet wird.

- Deshalb unterstützen wir die Verstärkung der Berufsorientierung an den Schulen.

Wir werden insgesamt die Umfeldbedingungen für das Handwerk verbessern. Dazu gehören nicht nur die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende und von Kita-Plätzen für junge nach Göttingen ziehende Familien, sondern auch der Kampf gegen Schwarzarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen. Das schadet den Menschen und den vielen vorbildlichen Betrieben, die unverzichtbare Arbeit leisten. In der Pandemie werden wir uns für sichere Öffnungsstrategien einsetzen.

KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT

Für Göttingen ist die Kultur- und Kreativwirtschaft zentraler Standortfaktor. Kulturschaffende leisten einen wertvollen Beitrag für die Lebensqualität in unserer Stadt. Mit drei Theatern, einem Symphonieorchester, Chören, den Kulturzentren musa und KAZ, Galerien und einer bunten Palette an Live-Clubs und Projekten der Soziokultur hat Göttingen als Kulturstadt überregionale Bedeutung. Das Kunsthaus im Kunstquartier und das „Forum Wissen“ werden unserer Stadt internationale Aufmerksamkeit garantieren. Von großen und kleinen Events profitieren Hotels und Gastronomie. Dieses breite und hochkarätige Kulturangebot muss finanziert und gepflegt werden. Zahlreiche Fachkräfte und Ehrenamtliche sorgen dafür, dass der Standortfaktor Kultur und Kreativwirtschaft erhalten bleibt und sich weiterentwickelt. Die Kultur als Wirtschaftsfaktor sorgt für vielfältige Beschäftigung und macht unsere Stadt bunt und lebenswert.

Um existieren zu können, braucht die Kultur- und Kreativwirtschaft rasch verlässliche, unbürokratische Hilfen, auch um durch die Corona-Krise zu kommen. Sofort- und Überbrückungshilfen sowie Sonderprogramme von Land und Bund sind wichtig in dieser ungewöhnlichen Situation. Mit dem Göttinger Hilfsfonds der Stadt werden ebenfalls Kulturprojekte unterstützt.

- Wir werden diese bunte, weltoffene und vielfältige Kulturszene auch weiterhin mit einer auskömmlichen und verlässlichen Kulturförderung unterstützen.

Mit der Lokhalle besitzt Göttingen einen außergewöhnlichen Veranstaltungsort für große kulturelle Events, für Sport, Festlichkeiten und Messen. Großveranstaltungen wie der NDR Soundcheck, Konzerte mit Stars aus Pop und Klassik erreichen ein breites Publikum aller Altersgruppen. Gleichzeitig ist sie ein hochattraktiver Ort für Firmenveranstaltungen, Kongresse und Tagungen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Lokhalle in ihrer technischen und räumlichen Ausstattung weiter verbessert wird. So kann die Konkurrenzfähigkeit auch in Zukunft hergestellt und den veränderten Anforderungen gerecht werden.

Die Stadthalle wird nach erfolgter Kernsanierung ein attraktives Ambiente für viele Veranstaltungen bieten. Durch eine hochwertige technische Ausstattung wird sie den hohen Anforderungen der Veranstaltungsbranche gerecht. Wir sind davon überzeugt: Die Stadthalle und die Lokhalle stärken den Wirtschaftsstandort Göttingen nachhaltig.

DIGITALISIERUNG ALS STANDORTVORTEIL

Digitale Technologien können die Lebensqualität in unserer Stadt weiter verbessern und den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort stärken. Unter dem Brennglas der Corona-Krise wird deutlich, wie sich die Arbeitswelt aufgrund der Digitalisierung verändert hat. Als „Kommune der Zukunft“ werden wir Göttingen als einen Standort für Informationstechnologie, neue Medien und Telekommunikation weiterentwickeln. Fachkräfte der Informationstechnologie finden hier eine große Auswahl an Arbeitsplätzen. Die Universität und die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung der Max-Planck-Gesellschaft forschen im Bereich der Angewandten Informatik und bilden Fachkräfte aus.

- Die Stadt Göttingen unterstützt die IT-Unternehmen mit dem Netzwerk IT Innovations-Cluster über ihre Wirtschaftsförderung. Das werden wir weiterführen.

Mit diesem Netzwerk werden Kompetenz und Wissenstransfer gefördert und Fachkräfte gesichert. Die Digitalisierung hat in Deutschland und unserer Region zu einem Wachstum an Arbeitsplätzen geführt. Schlüsselindustrien und Schlüsseltechnologien befinden sich im Umbruch. Gewinner der Digitalisierung sind in Göttingen Unternehmen, die rechtzeitig in neue Technologien investiert haben und Fachkräfte ausbilden oder zeitnah anwerben konnten. Dieser Prozess kann durch die duale Ausbildung optimiert werden und Arbeitnehmer*innen können sich leichter weiterqualifizieren. Dafür wollen wir weitere Unternehmen gewinnen und diese digitale Strategie weiter unterstützen:

- So rasch wie möglich sollen alle Dienstleistungen der Stadt Göttingen digital angeboten werden und mit dem Smartphone abgerufen werden können.

- Onlineplattformen sollen partizipativen Austausch und Bürgerbeteiligung ermöglichen.
- Flexible Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten, Homeoffice und agile Arbeitsmethoden sollen die Qualität kommunaler Dienstleistungen sichern und die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhöhen.
- Wir werden die „Smart-City-Strategie“ Göttingens finanziell stärken und das Tempo bei der Entwicklung neuer Angebote deutlich erhöhen. Eine sichere Infrastruktur mit schnellem Internetzugang, freiem WLAN und öffentlichen Zugangspunkten auch in den Ortsteilen sind Voraussetzung dafür.
- Wir wollen die optimale Breitbandversorgung mit Glasfaser in Gewerbegebieten.
- Mit der Erweiterung um 5G in Göttingen und dem Landkreis erwarten wir einen wichtigen Standortvorteil.
- Wir wollen, dass Förderrichtlinien weniger kompliziert gestaltet werden, damit nicht nur die Großunternehmen die Mittel abgreifen, sondern auch kleine und mittlere Betriebe und Selbstständige die passenden Finanzhilfen erfolgreich beantragen können.

FACHKRÄFTE GEWINNEN – ARBEITEN UND AUSBILDEN IN GÖTTINGEN

Besonders in den Bereichen der handwerklichen und technischen Berufe, im Handel, für Hotels- und Gastronomie, der Pflege, aber auch im Umfeld der Universität und der wissenschaftlichen Einrichtungen wollen wir Fachkräfte gewinnen. Gemeinsam mit dem Landkreis Göttingen werden wir den Ausbildungsstandort Göttingen weiter stärken. Als Teil des Fachkräftebündnisses ist Göttingen in der Region Südniedersachsen gut vernetzt und auf dem neuesten Stand. Die Universität setzt mit dem „Welcome Center“ auf internationaler Ebene ein starkes Zeichen für die Willkommenskultur und bietet als Servicestelle für Fachkräfte in vielen Bereichen Unterstützung an. Die Stadt Göttingen fördert das „Welcome Center“ mit dem Ziel, mehr Fachkräfte für Wirtschaft und Wissenschaft zu gewinnen und zu halten.

- Um die Arbeit des Centers noch effektiver zu machen, wollen wir mehr Unterstützer aus dem Kreis der Unternehmen gewinnen.
- Mit einem langfristig angelegten Fachkräfte- und Standortmarketing in der Region Göttingen wollen wir dem sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Fach- und Arbeitskräften entgegen.

Hinzu kommt: Mit dem Projekt „Regionales Fachkräftemarketing in Südniedersachsen“ will die Südniedersachsenstiftung gemeinsam mit Kommunen, Betrieben und Wissenschaft eine Strategie für die Fachkräftegewinnung entwickeln. Bis 2022 sollen Ziele erarbeitet werden und ein Onlineportal entworfen sein.

- Wir werden diese Aktion unterstützen, um dringend benötigte Fachkräfte für Göttingen und die Region zu gewinnen und so die Wirtschaft zu stärken.

UNSERE INNENSTADT – LEBENDIG UND VIELSEITIG

In unserer kleinen Großstadt ist die Innenstadt der zentrale Treffpunkt für alle. Dank umsichtiger Kommunalpolitik in den letzten Jahrzehnten war sie nie nur Handelszentrum, sondern immer der Ort des sozialen Miteinander, wo man sich trifft, gemeinsam isst und trinkt, einkauft, Kultur erlebt und seine Freizeit verbringt. Sie war und ist rund um die Uhr ein lebendiger Lebensraum, weil sie nicht nur besucht wird, sondern immer auch Wohn- und damit Lebensort geblieben ist. Auch heute wohnen über 10.000 Menschen hier, deren Interessen die SPD genauso im Auge behalten wird wie die Unterstützung der kleinen und mittleren Handelsunternehmen.

Unser Ziel ist es weiterhin, unsere Innenstadt attraktiv und lebendig zu halten. Die rasanten gesellschaftlichen Umbrüche durch die Corona-Pandemie stellen uns dabei vor besondere Fragen: Wie verändern sich der Einzelhandel und die Gastronomie? Wie kann Wohnen in der Stadt gestaltet werden? Wird das gesellschaftliche Leben nach der Pandemie wieder so sein wie davor? Was ist zukünftig für eine attraktive Innenstadt wichtig?

- Die für die Innenstadt geplanten Umgestaltungen des Wochenmarktes, des Groner Tores und des Waageplatzes wollen wir zügig umsetzen. Die attraktive Umgestaltung dieser drei Bereiche wird die Anziehungskraft der Innenstadt weiter erhöhen.
- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Bus-, Fahrrad- und Fußverkehr innerhalb des Walles Vorrang hat und der Autoverkehr in die Innenstadt weiter reduziert wird.
- Gleichzeitig garantieren wir, dass für die Besucher, die mit dem Auto die Innenstadt ansteuern, ausreichend Parkmöglichkeiten am Rande der Innenstadt angeboten werden.

Es wäre verkürzt, die gemeinsamen Bemühungen um eine attraktive abgasfreie Innenstadt nur auf die Parkplätze zu reduzieren. Das Thema City-Logistik wird uns in den nächsten Jahren zunehmend beschäftigen. – City Logistik, die Erreichbarkeit der Innenstadt, muss optimal für den ÖPNV aber auch für den Lieferverkehr organisiert werden. Die kurzen Wege und die Enge in unserem Zentrum brauchen und ermöglichen intelligente Konzepte, wie Zusteller*innen und Abholer*innen umweltgerechter zu Anwohner*innen und Geschäften kommen. Mit sog. MikroDepots – kleinen Lagern am Rande der Innenstadt – wollen wir die Einfahrten der vielen großen und kleineren Lieferfahrzeuge deutlich reduzieren. Die „letzte Meile“ der Anlieferung soll dann zu Fuß oder mit Lastenrädern erfolgen. So können auch mehr Händler leichter online gehen, sie werden leichter erreichbar und Anlieferungen werden einfacher gemacht, zudem kann die enge historische Innenstadt mehr Aufenthaltsqualität gewinnen.

- Wir werden hier einen unserer Schwerpunkte bei der Stadtentwicklung setzen. Göttinger Logistikunternehmer stehen dafür bereit.

Für eine lebendige Innenstadt ist es aber auch wichtig, dass hier weiter Menschen wohnen. Eine große Bedeutung dafür haben klare Absprachen mit den Besitzer*innen der Immobilien. Nur wenn es gelingt, sie für ein solches Konzept „ins Boot zu holen“, werden wir erfolgreich sein. So ist es z. B. gelungen, für die Nachnutzung der ehemaligen Sparkassenzentrale am Markt einen ausgewogenen Mix aus Handel, Gewerbe und Wohnen zu vereinbaren, der das zentrale Quartier weiter aufwertet.

Wenn zukünftig durch den Zuwachs des Onlinehandels der stationäre Einzelhandel nicht allein die Rolle als Anziehungspunkt in der Innenstadt spielt, wird das Freizeit- und Kulturangebot eine noch größere Rolle in unserem Zentrum einnehmen. Das beginnt mit einem spannenden Spiel- und Aufenthaltsangebot wie z. B. dem gerade neu errichteten Spielplatz an der Paulinerkirche, geht über die Sanierung unserer Stadthalle und das Deutschen Theater bis zur Pflege und zu dem Ausbau des Walles rund um unsere Innenstadt. Dazu gehören auch das neue Kino Méliès und das Kunstquartier. All das ist aufgrund unserer Initiativen gerade realisiert worden, in der Umsetzung oder in aktueller Planung.

Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie und Nahversorgung sind nicht nur für die Wirtschaftskraft unserer Stadt von hoher Bedeutung, sie sind wesentlich Komponenten für eine lebendige und lebenswerte Stadt.

Die ersten drei Bereiche sind besonders hart von der Corona-Krise getroffen und es muss befürchtet werden, dass es hier zu großen Veränderungen kommen wird. Kommunalpolitik muss solche gesellschaftlichen Umbrüche aktiv begleiten. So ist durch die Pandemie der Umsatzanteil des Onlinehandels weiter gestiegen. Wir werden eine einheitliche Präsenz von digitalem und stationärem Handel intensiv unterstützen. Nicht online gegen offline, sondern eine sinnvolle Verknüpfung beider Stränge macht den Handelsstandort Göttingen attraktiver.

- Dafür werden wir die digitale Infrastruktur weiter ausbauen und neue Handelskonzepte und Geschäftsmodelle unterstützen. So z. B. das Projekt „KobAs 4.0 - Digitalisierung in Handel, Gastronomie und Dienstleistung“. Damit erarbeitet die VHS Göttingen Osterode zusammen mit der städtischen Wirtschaftsförderung und dem SOFI (Soziologischen Forschungsinstitut) in Kommunikation mit der Wirtschaft Vorschläge und Hilfen für die schrittweise Umstellung auf das digitale Geschäft.

Der Städtetourismus wird auch zukünftig eine beliebte Reiseform bleiben u. a. weil er hervorragend klimafreundlich organisiert werden kann. Deshalb war es richtig, das zentral an Bahnhof und in der Innenstadt liegende Hotelangebot in den letzten Jahren auszubauen. Auch diese Entscheidung steigert die Attraktivität der Innenstadt und bietet die Plattform für einen erfolgreichen stationären Einzelhandel und für ein vielfältiges Gastronomie-Angebot.

Generell tragen Politik, Stadt und Handel gemeinsam die Verantwortung für die Entwicklung des Standortes Göttingen. Der stationäre Handel kann viel dafür tun, das Einkaufen so anregend wie möglich zu machen. Unsere drei Einzelhandelszentren Innenstadt, Kaufpark und Lutteranger werden sich rasant verändern. Mit der aktiven Unterstützung von Pro City und dem Einzelhandelsverband durch die Stadt werden wir dem Einzelhandel bei den notwendigen Veränderungsprozessen helfen.

NAHVERSORGUNG SICHERN

Der SPD Göttingen ist die Nahversorgung in den Ortsteilen in besonderer Weise wichtig. Gerade auch, weil dort Geschäfte für die Grundversorgung geschlossen werden. Hier haben wir in den letzten Jahren gegensteuern können und örtliche Initiativen unterstützt. In Roringen und Herberhausen sind mit großem Engagement Dorfläden entstanden, die sich durch ein gastronomisches Angebot auch zu Treffpunkten im Ortsteil entwickelt haben.

- Solche Initiativen unterstützen wir weiterhin, sie stärken den sozialen Zusammenhalt in unseren dörflich geprägten Stadtteilen.

STADTMARKETING - UNSERER STADT EIN SICHTBARES PROFIL GEBEN

Göttingen ist jung, lebendig, international und weltoffen. 33.000 Studierende haben sich unsere Stadt als Studienort ausgesucht. Eine Universität, Fachhochschulen, viele wissenschaftliche Einrichtungen von Weltruf und eine gut aufgestellte, zukunftsfähige Wirtschaft prägen die Stadt, die Wissen schafft. Die Menschen leben gern hier. Daran wollen wir anknüpfen und die Attraktivität Göttingens noch weiter steigern und bekannt machen.

Die SPD-Ratsfraktion setzt sich deshalb seit Jahren für ein verbessertes Stadtmarketing ein. Wir wollen unserer Stadt ein Gesicht geben, ein Profil, das wiedererkannt wird und ein „Wir-Gefühl“ erzeugt. Mit einer professionellen Neuauflage des Stadtmarketings soll sich Göttingen besser in Szene setzen. Wir wollen vor allem unsere Stärken herausstellen und die Präsentation weiter verbessern. Mit dem ersten Anlauf in 1994 entstand auf der Suche nach Stadtidentität das Label „Stadt, die Wissen schafft“, das die Stadt als Bildungs- und Hochschulstandort beschreiben. Diese Profilierung wollen wir weiterführen. Daher hat die Stadt auf Initiative der SPD-Ratsfraktion einen neuen Anlauf gestartet und in Expertenrunden die Vorteile unserer Stadt zusammengetragen. Im neuen Stadtmarketing sollen die Zentralität, die Wirtschaftskraft, das schöne Bild der Innenstadt, das vielfältige Kulturangebot, die Internationalität und die herausragenden wissenschaftlichen Einrichtungen als die großen Pluspunkte herausgestellt werden.

Jetzt muss es darum gehen, mit der passenden Rechtsform dem Stadtmarketing eine feste Form zu geben. Dazu gehören Tourismus e. V., die ProCity GmbH, idealerweise auch als Partner Universität, Fachhochschulen, Wissenschaft und Wirtschaftsförderung. Wir wollen auch die Wirtschaft dafür gewinnen. In einer GmbH für das Stadtmarketing sollen diese Kompetenzen zusammengeführt und weiterentwickelt werden.

- Wir wollen mit einem klaren Marketingkonzept und einem modernen Branding Göttingen im Städtewettbewerb besser positionieren.

Sozialpolitik:

Eine solidarische Stadt für Alle

Göttingen ist eine vielfältige Stadt, in der Menschen der unterschiedlichsten sozialen und kulturellen Herkunft leben und sich zu Hause fühlen. Diese Vielfalt findet sich auch in den Stadtteilen wieder, die alle durch ihren individuellen Charakter das Besondere dieser Stadt ausmachen. Diese Individualität, diesen besonderen Charakter gilt es zu erhalten und zu fördern. – Zugleich will die SPD Göttingen aber auch erreichen, dass alle Stadtteile die gleiche Lebensqualität bieten. Das ist unser Ziel. Dafür haben wir in der Vergangenheit gearbeitet und dabei schon viel erreicht. Trotzdem kann für ein soziales Göttingen noch viel getan werden. Wir werden dies im nächsten Rat der Stadt vorantreiben.

SOZIALES GÖTTINGEN FÜR ALLE GENERATIONEN

Mit all den unterschiedlichen Vereinen, Institutionen und kulturellen Einrichtungen haben wir ein aktives soziales Netzwerk in allen Quartieren. Dies trägt zum engen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft bei und ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen. Das hat sich in der Pandemie besonders gezeigt.

- Wir stehen dafür, diese Organisationen und Einrichtungen weiterhin zu unterstützen, zu fördern und die Rahmenbedingungen zu erhalten, die sie für ihre Arbeit benötigen.

Für den Erhalt oder das Erreichen gleichwertiger Lebensqualität in den Quartieren ist ein aktives Quartiersmanagement wichtig. Zusammen mit Quartiers- und Stadtteilzentren ist es ein zentraler Stabilisierungsfaktor für eine intakte soziale Infrastruktur in der gesamten Stadt. Die Zentren leisten – getragen von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen – eine wichtige Arbeit. Flankierend nötig ist dazu eine gute örtliche Infrastruktur auch mit Versammlungs- und Begegnungsräumen, die für alle Bewohner*innen unbürokratisch zugänglich sind.

Wir haben uns immer für die finanzielle und strukturelle Förderung dieser Einrichtungen stark gemacht, damit die bereits vorhandenen Zentren ihrer Funktion in einem sich wandelnden Umfeld nachkommen können. Deshalb ist es für uns wichtig, entsprechende Einrichtungen dort zu schaffen, wo sie bisher noch nicht vorhanden sind. Das können entweder neue Quartiers- oder Stadtteilzentren sein, aber auch kleinteilige Anlauf- und Beratungsstellen oder auch Dienstleistungsangebote der Stadtverwaltung. Wichtig ist dabei, dass sie überall in Göttingen auf kurzem Weg erreichbar sind. Dies hilft vor allem Menschen in besonderen Problemlagen und Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht so mobil sind. Sei es, weil sie körperlich eingeschränkt sind, sei es, weil sie Angehörige zu betreuen haben.

- Wir setzen uns darum dafür ein, weitere neue Quartierszentren zu schaffen und zugleich das Quartiersmanagement auszuweiten.
- Wir wollen auch die Dezentralität von Dienstleistungen der Stadtverwaltung für gute Beratungs- und Servicequalität erhöhen und mehr Bürgernähe schaffen.

GUTES MITEINANDER DER GENERATIONEN

Quartiere gewinnen durch ein Miteinander der Generationen. Dies wollen wir fördern und entwickeln. In Göttingen müssen sich Menschen jeden Alters wohlfühlen. Dazu können u. a. Wohnprojekte dienen, in denen mehrere Generationen barrierefrei gemeinsam leben und sich gegenseitig unterstützen können. Dazu dienen aber auch Nachbarschaftshilfen und Beratungsstellen.

Der Verbleib von Senior*innen in der eigenen Wohnung und im eigenen Wohngebiet wird auch bei Hilfe- und Pflegebedarf gesichert. Es muss älteren Menschen ermöglicht werden, so lange wie es geht, in ihren eigenen vier Wänden zu verbleiben.

- Deshalb unterstützen wir auch dezentrale Versorgungs- und Hilfsangebote, wie etwa Nachbarschaftshilfen oder Mittagstische.
- Die Einrichtung von Pflegewohngemeinschaften und kleineren Pflegeheimen in den Ortsteilen werden wir fördern, damit auch im Pflegefall die soziale Einbindung erhalten bleiben kann.
- Wir unterstützen auch den Bau von senior*innengerechten Wohnungen und Projekte des Wohnens verschiedener Generationen unter einem Dach.

Gute Erfahrungen haben wir auch mit Pflegestützpunkten gemacht. Dennoch ist es nicht immer möglich Pflegebedürftige in der eigenen Wohnung zu betreuen. Oftmals kann für sie und ihre Angehörigen deshalb die Möglichkeit einer Kurzzeitpflege eine Entlastung sein.

- Das Angebot der Pflegestützpunkte wollen wir weiter auszubauen und mehr Plätze für eine Kurzzeitpflege anbieten.

Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass alle öffentlichen Orte senior*innen gerecht und barrierefrei sind.

HILFEN FÜR FAMILIEN

Auch für Familien wollen wir dezentrale Anlaufstellen schaffen, in denen sie unkompliziert Informationen zu allen sie betreffenden Fragestellungen bekommen und sie nicht mehr „von A nach B rennen“ müssen, um Formulare auszufüllen und beraten zu werden. Familienbüros, in denen Eltern mit Kindern Informationen vom Kindergeld über KiTa-Plätze bis zum Thema Schule erhalten, können einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe aller an der Gesellschaft leisten. Die Pandemie hat gezeigt, wie sehr Familien und dabei besonders Alleinerziehende auf schnelle Informationen und Unterstützung angewiesen sind.

ÖFFENTLICHE BEGEGNUNGSRÄUME IN DEN STADTTEILEN

Wir benötigen in allen Stadtteilen Orte der Begegnung, die für öffentliche Versammlungen und Vereine nutzbar sind. Diese müssen in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort aufgebaut und gestaltet werden.

Öffentliche Begegnungsorte im Freien müssen so gestaltet sein, dass sich Menschen hier gerne aufhalten. Es muss für Alt und Jung Möglichkeiten geben zu verweilen. Diese Orte sind wichtige Stätten der Begegnung und fördern den Zusammenhalt. Auch hier hat die Pandemie die Wichtigkeit gezeigt. Dabei muss für ausreichend bequeme Sitzgelegenheiten und Helligkeit für den Aufenthalt am Abend gesorgt werden.

- Deshalb wollen wir die vorhandenen Plätze der Stadt pflegen, begrünen und sauber halten und dort wo möglich – gerade auch in neuen Quartieren – weitere Plätze anlegen.

Wir wollen dabei kein Gegeneinander von Stadtbegrünung und notwendigen Wohnungsbau herbeireden. Gerade auch weil wir wissen, dass Göttingen einen enormen Nachholbedarf im Wohnungsbau hat. Wir treten aber trotzdem dafür ein, dass für eine gute Lebensqualität neben den existierenden Naherholungsgebieten auch in den neuen Quartieren Grünflächen geplant werden.

In der Innenstadt, um den Waageplatz herum gibt es zwei Gebäude, die eine besondere Bedeutung als Anlaufstelle oder als Orte der Begegnung erhalten könnten. Das ist das ehemalige Gefängnis in der Straße Obere-Masch und die Stockleffmühle. In einem Dialog mit möglichen Nutzern wollen wir ausloten, welche Möglichkeiten es hier gibt. Bedingung ist jedoch, dass keine Ruhestörungen von dem Objekt ausgehen dürfen und dass die Angebote im Kern kommunikative, kulturelle, beratende oder soziale Komponenten umfassen müssen. Auch private Anbieter wollen wir dabei bis hin zum Verkauf an sie einbeziehen.

ANGSTRÄUME IN DER STADT ABBAUEN

Jeder Mensch hat ein individuelles Sicherheitsbedürfnis. Nicht immer deckt sich dies mit der realen Gefahrenlage. Wir erkennen aber an, dass sich Jede und Jeder in unserer Stadt individuell sicher fühlen muss. Angsträume – vor allem in der Dunkelheit – müssen deshalb beseitigt werden. Hierfür benötigen wir Sicherheitskonzepte, die sich an den örtlichen Bedingungen orientieren und in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Ordnungsamt entwickelt werden. Auch brauchen wir wieder Ansprechpartner vor Ort, der Abbau der Kontaktbeamten in den Stadtteilen muss rückgängig gemacht werden. Nachsorge und Opferschutz des Landes bleibt wichtig und muss finanziell auf sicherem Boden gestellt werden. Dies muss aber Hand in Hand gehen mit einer „vor Ort“ strukturell aufgestellten Präventionsarbeit.

Wir sind weiter überzeugt, dass das Thema Prävention eine wichtige Rolle spielen muss, hierzu gehört auch die Umsetzung der Istanbul-Konvention, welche verbindliche Vorgaben zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen vorsieht.

KINDER- UND JUGENDARBEIT

Überall in der Stadt – insbesondere aber in den sozialen Brennpunkten – muss an die schon bestehende gute Arbeit mit Kindern und Jugendlichen angeknüpft und diese verstärkt und ausgebaut werden. So werden wir früh die Voraussetzungen für eine bessere Zukunft für alle Kinder legen.

Gleichstellung: Alle Menschen sind gleich

Die Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung, wie sie Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz vorgibt, ist ein zentrales Ziel der SPD-Politik auf allen Ebenen unserer Gesellschaft und des Staates – also auch in der Kommunalpolitik. Die Stadt Göttingen hat in diesem Themenbereich schon einige Fortschritte erreicht, insbesondere wenn man die personellen Ressourcen für dieses Thema betrachtet.

Die Gleichstellungsbeauftragte untersteht direkt dem Oberbürgermeister und wird in alle internen Personal- und Politikentscheidungen einbezogen. Ausgestattet mit einer Vollzeitstelle für die Gleichstellungsbeauftragte selbst und zwei Kolleg*innen im Büro werden alle Ausschüsse und Vorhaben begleitet. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Vernetzung der vielfältigen Gleichstellungsorganisationen, die im Frauenforum Göttingen seit Jahrzehnten erfolgreich vorangetrieben wird. Darüber hinaus werden auch Anfragen und Hilfeersuchen von Bürger*innen der Stadt – nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Diskriminierung nach dem Antidiskriminierungsgesetz und Beratungen in Zusammenhang mit Fragen der Benachteiligung von Frauen – bearbeitet und begleitet. Wir werden diese Arbeit im Blick behalten und bei Zunahme der diesbezüglichen Anfragen der Bürger*innen uns für eine Aufstockung der personellen Kapazitäten einsetzen.

Aufgabe der Gleichstellungspolitik sind aber auch die Umsetzung internationaler und von Deutschland ratifizierter und damit auch für die kommunale Ebene bindender Verträge, wie das Abkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), abgekürzt „Frauenrechtskonvention“ und das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (IK), die sog. Istanbul-Konvention. Diese von den Vereinten Nationen und dem Europarat (IK) verhandelten Verträge, wurden von der Bundesregierung unterzeichnet und vom Parlament ratifiziert und haben damit Gesetzeskraft. Sie müssen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ebenfalls umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Stadt Göttingen nach innen als Arbeitgeberin, wie nach außen in der Gesellschaft als Dienstleister die Einhaltung der in diesen Instrumenten vorgesehenen Ziele der Vermeidung von Diskriminierung von Frauen, ihrer Förderung als Arbeitgeberin, der Förderung ihrer Teilhabe in der Gesellschaft einschließlich der Teilhabe am kommunalen politischen Leben und ihren Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt und Bedrohung sicherstellen muss. Dazu gehört auch, dass der Europarat die Vertragsstaaten zur Anwendung der Istanbul-Konvention auf Gruppen der Geschlechtervielfalt (LSBTIQ) ermutigt. Das werden wir auf kommunaler Ebene verstärkt umsetzen.

Dabei ist nicht erforderlich, dass die Stadt selbst alle in diesem Zusammenhang notwendigen Angebote vorhält. Sie kann ihrer Aufgabe auch nachkommen, indem sie Organisationen der Zivilgesellschaft finanziell unterstützt, die die in den Konventionen geforderten Angebote bereitstellen. Um die Einhaltung der Umsetzung der Konventionsziele zu gewährleisten müssen für die Umsetzung, Beobachtung und Bewertung der politischen und sonstigen Maßnahmen Koordinierungsstellen errichtet werden.

Das bedeutet, dass die Stadt Göttingen eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Frauenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention einrichtet. Erste Schritte hierzu haben wir in der Stadt unternommen. In der kommenden Wahlperiode wird sie diese und die entsprechende Initiative beim Landkreis Göttingen dazu zu nutzen, dass die Prävention von Gewalt gegen Frauen in allen Teilen der Gesellschaft, also in der Bildung, in den Schulen, in der Erwachsenenbildung, in Betrieben und Kultur sowie in der Arbeit in den Quartieren der Stadt, thematisiert und der Schutz der Opfer und die Arbeit mit den Tätern in Stadt und Landkreis finanziell abgesichert und flächendeckend umgesetzt wird.

Integration: Alle Menschen sind gleich – „Zum Zweiten“

Die SPD tritt ein für ein offenes und modernes Göttingen. Göttingens Attraktivität und eine Wurzel seiner ökonomischen Stärke liegt in seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Hautfarbe, Religion, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung fühlen sich hier zu Hause und bereichern unser Leben.

KULTURELLE VIELFALT

Die Vielfalt Göttingens zeigt sich in der Anziehungskraft auch für internationale Fachkräfte. Doch Migration ist viel mehr. Sie umfasst ein breites Spektrum von Personen: Von eben jenen Fachkräften, die in Göttingens Unternehmen arbeiten, über die Flüchtlinge, die vor Not und Krieg geflüchtet sind, bis hin zu internationalen Student*innen und den schon seit Jahren hier lebenden Familien mit Migrationshintergrund, die sich über persönliches Engagement und Einsatz ein Leben in dieser Stadt aufgebaut haben. Migration in Göttingen hat also viele Facetten. Allen diesen Personen wollen wir die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben in sozialer Sicherheit und Schutz vor Lebensrisiken und Ausgrenzung bieten – ein gutes Leben, in dem politische und kulturelle Beteiligung in der Stadtgesellschaft möglich ist.

Wir sehen Migrant*innen nicht nur als Bittsteller und Hilfebedürftige, sondern als Menschen, die erfolgreich in ihrem Beruf oder als Selbstständige arbeiten, die in unserer Stadt ihre Familie gründen und deren Kinder bei uns zur Schule gehen und gute Abschlüsse erlangen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand, den wir mit Freude anerkennen und auf den wir als Gesellschaft stolz sein können.

In den vergangenen Jahren hat Göttingen ein hohes Maß an Zusammenhalt und Solidarität gezeigt, sowohl während der Flüchtlingskrise als auch während der Pandemie. Die Göttinger Bürger*innen haben viel gegeben. Aber sie haben dabei auch großes Engagement von Migrant*innen und Migrantenselbstorganisationen erfahren können und konnten erleben, wie der Zusammenhalt als Stadtgesellschaft gestärkt wurde. Darauf wollen wir aufbauen und an einem solidarischen Göttingen weiterbauen.

VIELFALT AN LEBENSENTWÜRFEN

Auch wichtig ist, dass alle Menschen in Göttingen ihre sexuelle Identität ausleben können. Es ist gut, dass es hier ein breites Spektrum an Organisationen gibt, die sich für queere Menschen einsetzen. Wir möchten diese Initiativen und Vereine unterstützen und ein Klima schaffen, in dem sich auch weitere Akteur*innen hier ansiedeln können. Wir fordern zudem die Sensibilisierung der Verwaltung und städtischer Institutionen für queere Themen, um Diskriminierungserfahrungen vorzubeugen. Zugleich muss auch die Unterstützung eines pluralistischen Gesellschaftsbildes von Seiten der Göttinger Politik und Verwaltung die Basis für bestehende und zukünftige Städtepartnerschaften sein.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich die Ziele und Vorhaben der SPD Göttingen für die Stadt der Vielfalt:

- Die Erhöhung der Einbürgerungsquote fördert die kulturelle und politische Partizipation ebenso wie ein Kommunalwahlrecht für Migrant*innen, die langfristig mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis in Göttingen leben. Dafür treten wir ein.
- Das Ehrenamt wurde durch unseren Einsatz unterstützt, genau wie die Integrationsarbeit über Vereine, insbesondere Sportvereine. Dies wollen wir fortführen.

- Sammelunterkünfte für Flüchtlinge konnten aufgelöst werden, nun leben viele Menschen in Wohnungen und Alleinstehende in Wohngemeinschaften. Um dies weiter auszubauen benötigen wir mehr sozialen Wohnungsbau und eine Verbesserung der Mobilität.
- Für die Verbesserung des sozialen Zusammenhaltes und der Kommunikation haben wir die Nachbarschaftszentren gestärkt und ausgebaut. So wurde z. B. auch am Holtenser Berg das Nachbarschaftszentrum eingerichtet. Diese Zentren werden wir weiterhin unterstützen und wir wollen sie ausbauen.
- Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für Bewohner*innen in prekären Wohnsituationen, ausgestattet mit qualifiziertem Personal und zur Unterstützung bei Problemen und Schwierigkeiten.
- Schon frühzeitig erfasste berufliche und akademische Qualifikationen von geflüchteten Menschen und deren unbürokratische Anerkennung helfen bei der Integration in Arbeit. Dafür setzen wir uns ein.
- Wir wollen zugleich auch Firmen entlasten, die Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit bringen. Dafür müssen bürokratische Hindernisse beseitigt und Planungssicherheit für die Menschen geschaffen werden. Wer in Deutschland eine berufliche oder akademische Ausbildung erfolgreich absolviert hat, muss eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Wir werden auf Landes- und Bundesebene dafür arbeiten.
- Spracherwerb ist der wichtigste Faktor für die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb haben die Bemühungen zur verpflichtenden Wahrnehmung von Deutschkursen bis Niveau B2 für Flüchtlinge bei uns einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die Voraussetzungen zur Teilnahme an Sprachkursen gelockert werden. Uns ist die Teilnahme vor allem für Frauen wichtig, damit Familiengründung und Kinderbetreuung nicht zur Sackgasse werden. Die Teilnahme von Frauen wird durch mehr Deutschkurse mit Kinderbetreuungsmöglichkeit erleichtert. Das Lernen der deutschen Sprache in der Schule wollen wir durch Sprachlernklassen mit ausreichendem Stundenkontingent und qualifiziertem Personal besser unterstützen.
- Wir werden dafür sorgen, dass Mitteilungen der Behörden in leichter Sprache formuliert und veröffentlicht werden.
- Die öffentliche Verwaltung in Deutschland sollte ein Abbild der Gesellschaft sein, deshalb fordern wir Projekte, um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu unterstützen.
- Antidiskriminierungsarbeit zu Homo- und Transphobie muss bereits an den Schulen ansetzen, wir setzen uns daher für die Förderung und Stärkung kommunaler Projekte ein.
- Wir sehen auch die Notwendigkeit der Einrichtung einer Diskriminierungsstelle. Sie soll Menschen, die auf Grund ihrer Herkunft, ihres sozialen Status, ihrer sexuellen und ihrer geschlechtlichen Identität, ihres Alters, ihrer Religion/Weltanschauung sowie ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten diskriminiert werden, unterstützend zur Seite zu stehen.
- Die Vernetzung zwischen den freien Träger und der Stadt (Jugendamt) muss institutionell unterstützt werden, um strukturelle Benachteiligung in der Jugendarbeit zu erkennen und zu beseitigen.
- Wir setzen uns weiterhin für Quartierskonferenzen in den Stadtteilen ein, zu denen alle Jugendliche geladen werden, um auch junge Menschen in die Entscheidungsfindung der Stadt miteinzubeziehen, die bisher noch nicht ihren Platz im Jugendparlament gefunden haben.

Inklusion: Alle Menschen sind gleich – „Zum Dritten“

Leider ist Integration und Teilhabe gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention von 2008 offensichtlich immer noch eine Schönwetterveranstaltung. Corona hat uns eindringlich vor Augen gehalten, wie verletzlich die große Gruppe der Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigung ist. In der Corona-Pandemie sind zudem die Freiheitsrechte von Menschen mit einer Beeinträchtigung gegenüber „Normalbürger*innen“ unverhältnismäßig eingeschränkt worden. In unserer Stadt soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen selbstverständlich werden.

Göttingen bringt hierzu beste Voraussetzungen mit. Darauf wird die SPD Göttingen aufbauen und dafür sorgen, dass städtisches Leben überall für Menschen mit Beeinträchtigung noch inklusiver gestaltet wird. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar, deshalb werden wir uns um barrierefreien bzw. -armen Wohnraum, Sporthallen und anderen Freizeiteinrichtungen kümmern.

- Wir werden ein Programm „Barrierefreiheit“ initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.

Menschen mit Beeinträchtigung dürfen nicht vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, sondern müssen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Auch für sie gilt das Recht auf gute Arbeit. Viele Menschen mit Beeinträchtigung sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte.

- Hier setzen wir uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit den Fachdiensten wie dem Integrationsfachdienst in Göttingen und weiteren unterstützenden Einrichtungen intensiviert wird.

Auch Menschen mit Beeinträchtigung und mit geringer oder gar keiner Ausbildung brauchen ein Recht auf sinnvolle Beschäftigung, auch wenn sie nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt oder in Werkstätten in Arbeitsmodellen mit hohem Stundenumfang tätig werden können.

- Wir werden uns darum kümmern, dass hierfür Arbeitsstellen in geringem Stundenumfang geschaffen und auskömmlich gefördert werden.

Wir werden die Sorgen und Nöte unserer Mitmenschen mit einer Beeinträchtigung in die Öffentlichkeit tragen und zusätzlich durch wirkungsvolle Unterstützungsangebote und Projekte für Inklusion sensibilisieren. Wir stehen für die volle Gleichberechtigung und umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aller Menschen in unserer Stadt ein.

Alle gegen Rechts in Göttingen

Das klare Eintreten für eine demokratische Gesellschaft und gegen rechtsextremistische Bestrebungen steht seit jeher im Zentrum der Politik der SPD. Das gilt auch und besonders in der Kommunalpolitik. Deshalb wird die SPD Göttingen überall dort, wo sie auftauchen, antidemokratischen und menschenfeindlichen Tendenzen und Organisationen entschieden entgegentreten.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN

Bündnisse gegen Rechts sind starke Bollwerke gegen rechte Tendenzen und eine gute Basis für die antifaschistische Arbeit in Kommunen. Deshalb wollen wir diese Bündnisse stärken und unterstützen. Wir werden dazu beitragen, dass sie von möglichst vielen Parteien und Organisationen getragen werden. So erhalten sie die notwendige Legitimation in der Stadtgesellschaft und mehr Einfluss auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen. Es ist so eher möglich verschiedene Bevölkerungsgruppen anzusprechen, ohne dabei auf Barrieren zu stoßen. Deshalb werden wir auch dafür sorgen, dass auch Vertreter*innen von Gruppen angesprochen und einbezogen werden, die als Feindbilder rechter Ideologie gelten. Der Einbezug von Expert*innen und Betroffenen in die Entwicklung von Strategien ist uns dabei ebenfalls sehr wichtig.

Eine deutliche frühe Positionierung lokaler Entscheidungsträger*innen setzt wichtige Signale in der Kommune und unterstützt die Bündnisse gegen Rechts. Dies wollen wir erreichen.

GEMEINSAM SIND WIR STARK – VERWALTUNG GEGEN ANTIDEMOKRATEN

Uns ist wichtig, dass wir nicht nur als Partei für Demokratie und gegen rechte Tendenzen kämpfen, wir wollen auch erreichen, dass die Verwaltung gegen rechtsextreme Akteur*innen Stellung bezieht. Diese Möglichkeit wurde selbst vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, das in der Abwägung zwischen den zwei fundamentalen Rechten der Meinungsfreiheit und der Menschenwürde klarstellte, dass die Bundesrepublik Deutschland als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus verstanden werden muss, was auch eine klare Positionierung der Verwaltung gegen Rechts ermöglicht.

- Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in der Verwaltung hierzu Rechtssicherheit und eine genaue Kenntnis der Verwaltungsspielräume besteht. Dies ist die Voraussetzung für eine offensive Auseinandersetzung.

Gleichzeitig müssen wir beobachten, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen immer öfter in den letzten Jahren Opfer von Anfeindungen durch Rechtsextremist*innen werden. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen, aber auch Politiker*innen und andere Ehrenamtliche vor solchen Angriffen besser geschützt werden. Es darf nicht sein, dass die Menschen, die sich für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren unserer Demokratie einsetzen, bedroht werden.

Dieser Schutz ist zunächst die Aufgabe der Sicherheitsorgane unseres Staates, es ist aber auch Aufgabe aller Bürger*innen sich öffentlich gegen diese Verbrechen zu stellen.

VERSUCHE RECHTER RAUMGEWINNUNG VERHINDERN

Seit einigen Jahren versuchen Rechtsextreme in Göttingen vermehrt öffentliche Räume zu besetzen. Dies geschieht unter anderem durch Schmierereien, Sticker und Aufmärsche, aber auch durch gewalttätige Übergriffe auf eher linke Kneipen oder Wohnprojekte. Werden solche Vorfälle von demokratischen Einrichtungen ignoriert oder klein geredet, so verschärft das die Problematik. Wir müssen sensibel für solche Aktivitäten sein, um rechtsextreme Raumgewinne in Göttingen zu verhindern. Besonders wichtig ist auch hier, denjenigen zuzuhören, die zu den Opfergruppen rechtsextremer Gewalt gehören.

Werkzeuge wie eine Meldeplattform für rechtsextreme Inhalte und Vorfälle können eine Möglichkeit sein, gezielt gegen rechte Raumgewinnung vorzugehen. Zudem ist auch die Erarbeitung eines lokalen Aktionsplans sinnvoll um strukturiert gegen Rechts vorzugehen.

GEMEINSAM KÄMPFEN FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE

Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches und strukturelles Problem. Wir müssen auch kommunal vehement dagegen vorgehen. Veranstaltungen wie internationale Feste oder Wochen der Kultur usw. gehen dabei in die richtige Richtung, es ist aber mehr nötig. So werden wir mit konsequentem zivilgesellschaftlichem Engagement überall dagegen eintreten wo solche Tendenzen im Verhalten oder Äußerungen öffentlich zutage treten.

- Wir rufen auch alle demokratisch gesinnten Menschen dazu auf, überall im privaten Umfeld gegen rassistische Tendenzen „Flagge zu zeigen“.

Es ist aber auch wichtig, dass die Angestellten der Stadt – gerade in Bereichen mit starkem Publikumsverkehr – antirassistisch geschult werden und dass es städtische Meldestellen für rassistisches Verhalten gibt. Diese Maßnahmen sollen in einem „Antirassismus Konzept“ der Stadt festgehalten und erarbeitet werden.

KAMPF GEGEN RECHTS BEDEUTET EINSATZ FÜR VIELFALT

Rechte Meinungen und Aussagen finden sich nicht nur bei „klassischen“ rechten Parteien und Organisationen. Sie lassen sich immer wieder bei Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen finden. Die Aussagen sind häufig frauenfeindlich, rassistisch, antisemitisch oder queerfeindlich. Auch hier „im Alltag“ müssen wir klar Stellung beziehen. Kampf gegen Rechts bedeutet, dass wir solche menschenfeindlichen Aussagen und Taten nicht ignorieren dürfen, sondern dem zum einen entschieden entgegenzutreten und zum anderen vielfältiges Leben in Göttingen aktiv fördern müssen.

KONZEPTE VON BÜRGERBETEILIGUNG NICHT DURCH RECHTE KAPERN LASSEN

Das Instrument der Bürger*innenbeteiligung und des Bürger*innenprotestes wird auf kommunaler Ebene – wenn auch noch nicht in Göttingen – auch von extrem rechten Parteien in Anspruch genommen. Wir müssen daher Problemlagen vorausschauend so behandeln, dass sich rechte Akteur*innen bei lokalen Konflikten nicht als alleinige Fürsprecher*innen inszenieren können. Vor allem in Anbetracht bundesweiter Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte ist es wichtig, die Bevölkerung frühzeitig miteinzubeziehen, gleichzeitig aber auch deutlich zu machen, dass das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar und die Unterbringung von Geflüchteten eine Selbstverständlichkeit ist.

Bildung für Alle: Chancen erhalten – Herausforderungen gestalten

GUTE BILDUNG FÜR ALLE

Es bleibt Ziel der SPD für alle Kinder und Jugendlichen gute Bildungschancen zu schaffen, damit sie jeweils die bestmögliche individuelle Bildung und Qualifizierung erreichen können. Die soziale Herkunft darf nicht den Bildungsweg bestimmen.

Gute Bildung beginnt bereits in der Kindertagesstätte und im Kindergarten. Sie setzt sich über die Grundschule, den Hort und die weiterführenden Schulen fort, mündet in die Berufsbildenden Schulen, die Ausbildung oder die Hochschule und wird ergänzt durch den Zweiten Bildungsweg. Wir wollen überall dort durch gute Förderung jedem Kind den Weg zu einem optimalen Schulabschluss öffnen. Und wir wollen so zugleich alle Bildungspotentiale unserer Stadt heben.

Eine gute Bildung und Ausbildung ist für Jugendliche die beste Eintrittskarte in ein Leben mit guten sozialen Zukunftschancen und die Voraussetzung für gute berufliche Perspektiven. Sie ist aber auch die Voraussetzung für eine optimale Sicherung des Bedarfs an Fachkräften und für die Stärkung der Innovationspotentiale der Stadt und der Region Göttingen.

HERAUSFORDERUNGEN GESTALTEN

Göttingen hat schon jetzt eine exzellente Schullandschaft, die für alle Schüler*innen gute Lernmöglichkeiten bereitstellt. Die SPD Göttingen wird dafür sorgen, dass dies so bleibt und zugleich neuen Herausforderungen rasch begegnen.

Die Corona-Krise mit ihrem „Shutdown“ des öffentlichen Lebens hat auch Schulen getroffen, mit massiven Einschränkungen für das Lernen. Das „Lernen zu Hause“ hat dazu geführt, dass der ohnehin noch immer nicht völlig beseitigte Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Lernerfolg von Schüler*innen wieder verstärkt wurde. Unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten und finanzielle Ressourcen der Familien, aber auch das Geschlecht der Schüler*innen haben zu einem erneuten Anstieg der sozialen Ungleichheit von Bildungschancen geführt. Internetzugang, der Besitz geeigneter digitaler Endgeräte, das Vorhandensein eines eigenen Zimmers zum ungestörten Lernen und Möglichkeiten der Eltern das Lernen zu unterstützen, sind verstärkt zur Voraussetzung zum erfolgreichen Lernen geworden. Unterschiedlich entwickelte Kompetenzen zum selbständigen Lernen verschärfen diese Defizite. Hinzu kommt, dass Schulen und Lehrkräfte nicht ausreichend auf die Gestaltung des digitalen Unterrichts oder die Einhaltung von Hygienevoraussetzungen (z. B. Raumgrößen) vorbereitet sind. Wenn wir die Göttinger Schulen fit machen wollen für diese Herausforderungen, dann müssen wir rasch reagieren – soweit es der Stadt als Schulträger möglich ist.

Eine nicht mehr so neue – aber deswegen nicht weniger wichtige – Herausforderung ist der Erhalt und die Verbesserung der Vielfalt unserer weiterführenden Schulen. Hier fehlt ein Angebot, das die schon gut aufgestellte Berufsorientierung unserer Schulen weiter ausbaut und damit sowohl die Wünsche von Eltern und Schüler*innen nach einer Schule mit einem stärker berufs- und praxisbezogenen Schwerpunkt aufnimmt als auch dem drohenden Fachkräftemangel in der Region Südniedersachsen entgegenwirkt.

WIR HABEN SCHON VIEL ERREICHT

Die SPD als Partei der Bildung hat ihre Politik an diesen Leitlinien orientiert und wird dieses auch in Zukunft tun. Dabei sind wir in den letzten Jahren sehr erfolgreich gewesen: Mit dem Ausbau und der Qualität unserer Schulen liegt Göttingen an der Spitze in Niedersachsen. Unsere Stadt hat die höchste Betreuungsdichte im Bereich der vorschulischen Bildung, dies zeigt sich unter anderem in der höchsten niedersächsischen Krippenquote. In Göttingen besuchen heute mehr als 55 Prozent aller Schüler*innen ein Gymnasium. Mehr als ein Drittel gehen auf eine Gesamtschule – damit und mit den Berufsbildenden Schulen steht allen der Weg zum Abitur offen. Das sind Spitzenwerte in Niedersachsen. Hinzu kommt: Weniger als zwei Prozent der Schülerinnen und Schüler brechen die Schule ab.

Die SPD hat mit ihrer kommunalen Schulpolitik und dem Engagement ihrer Mandatsträger auf der Landes- und Bundesebene dafür die Voraussetzungen mit geschaffen. Wir haben zum Beispiel

- die KiTa-Versorgung ausgebaut, auch durch den Einsatz für die dritte Krippenkraft.
- den Ausbau von 20 Grundschulen zu qualitativ guten Ganztagschulen mit integrierter Hortbetreuung vorangetrieben.
- durch die Stadt als Schulträger die beschleunigte aber qualitativ gute Einführung der inklusiven Schule in Göttingen und an allen allgemeinbildenden Schulen unterstützt und uns zugleich für den Bestandschutz der Martin-Luther-King Schule bis zum Jahr 2027/28 erfolgreich eingesetzt.
- durch die Entwicklung des Schulstättenentwicklungskonzeptes eine Grundlage für die langfristige Schulentwicklung geschaffen und dabei z. B. für den beschleunigten Ausbau der Lohbergschule, und dem Bereitstellen von Mitteln für den Ausbau der Herman-Nohl- und Janusz-Korczak-Schule eingesetzt.
- angesichts der Covid-19-Pandemie im Hinblick auf den Infektionsschutz für kleinere Klassen gekämpft, dafür gesorgt, dass die Schulen schnell mit digitalen Endgeräten für Schüler*innen ausgestattet werden und erste Schritte unternommen, den Schülerverkehr in ein künftiges Mobilitätskonzept einzubetten.
- mit der Einrichtung der dritten Integrierten Gesamtschule in Göttingen-Weende mehr Gesamtschulplätze geschaffen.
- nach der Fusion der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Göttingen sowie des Landkreises Osterode am Harz ein leistungsfähiges Angebot für die berufliche, soziale und kulturelle Weiterbildung auch in der Fläche des Landkreises konsolidiert.
- eine weitere sozialpädagogische Stelle an der Produktionsschule geschaffen. In dieser Schule werden schulpflichtige Kinder mit Schulvermeidungshaltung wieder an den Schulbetrieb herangeführt. Das Konzept ist sehr erfolgreich. Im Jahr 2019 haben 85 % der Absolvent*innen die Schule mit einem Abschluss, also einer neuen Perspektive verlassen.
- ein zentrales Anmelde- und Verteilungsverfahren für die Kitas eingeführt, weil immer wieder Probleme bei Anmeldungen auftreten. Ziel ist eine größere Transparenz und eine gerechtere Platzzuweisung.

WO WOLLEN WIR HIN?

Was gut ist, kann noch besser werden. Deshalb wollen wir in der nächsten Wahlperiode des Rates an dem bisher von uns Erreichten anknüpfen und die neuen Herausforderungen angehen. Wir wollen die Zukunft der Stadt und ihrer Kinder und Jugendlichen durch Bildung gestalten. Unser Ziel ist es, Göttingen zur „Bildungshauptstadt“ für Südniedersachsen und das gesamte Bundesgebiet auszurufen. Gemeinsam mit unseren Vertreter*innen auf Landes- und Bundesebene werden wir dafür an unseren Projekten arbeiten.

KINDERTAGESSTÄTTEN UND FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Die Kitas in Göttingen wollen wir qualitativ und quantitativ noch weiter verbessern und dabei regionale Unterschiede in der Stadt ausgleichen.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass flächendeckend eine dritte Kraft in Krippen und Kindertagesstätten eingesetzt wird. Den Ausbau inklusiver Krippen wollen wir weiter voranbringen. Zugleich muss die Ausbildung der Erzieher*innen, der sozialpädagogischen Assistent*innen und Sozialpädagog*innen besser werden, um die Professionalisierung noch weiter zu steigern. Die Bezahlung dieser Berufe muss aber in Zukunft auch entsprechend angehoben werden. Zur Qualitätsverbesserung setzen wir uns auch weiter dafür ein, dass sich möglichst viele Kitas in der Stadt an dem Netzwerk „Haus der kleinen Forscher“ der Bildungsregion Südniedersachsen beteiligen und so MINT-Bildung spielerisch in ihr pädagogisches Konzept integrieren.

- Der Rechtsanspruch auf einen Krippen- und einen Kindergartenplatz muss in Göttingen vollständig umgesetzt werden. Dabei ist auch die Erreichbarkeit der Kindertagesstätte im jeweiligen Ortsteil zu berücksichtigen. Dafür müssen weitere Kitas gebaut werden – verstärkt westlich der Leine, dort fehlen die meisten Plätze. Die räumliche Ausstattung der Kindertagesstätten muss dabei an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden.

SCHULEN

Auch im Schulbereich gilt es der bestehenden sozialen Ungleichheit innerhalb unserer Stadt entgegenzuwirken. Der Bildungsbericht Südniedersachsen zeigt klar, dass in den Gebieten östlich der Leine teilweise mehr als 65% der Schüler*innen das Abitur erreichen, westlich der Leine sind es weniger als 35%. Umgekehrt erreichen in den Bereichen westlich der Leine ca. 20% der Schüler*innen einen Hauptschulabschluss, in den östlichen Bereichen der Stadt sind es überwiegend weniger als 10%. Hier wollen wir langfristig durch bessere Bildungs- und Familienberatung eine Angleichung erreichen. Die in diesem Gebiet angesiedelten Schulen im Primar- und Sekundarbereich sollen zugleich auch bei baulichen Maßnahmen besser unterstützt werden.

Deshalb ist auf unsere Initiative 2017 ein „Schulstättenentwicklungskonzept“ (SSEK) für Baumaßnahmen an Grundschulen und weiterführenden Schulen erstellt worden. Dort sind alle Schulen mit ihren Räumen und baulichen Entwicklungszielen erfasst und die Bedarfe fortgeschrieben worden.

- Die SPD Göttingen wird mit dem SSEK und weiteren Programmen in den nächsten Jahren über 160 Mio. Euro in Schulen investieren und dabei darauf achten, dass alle Schulen angemessen durch Investitionen unterstützt werden.

Die Göttinger Schullandschaft ist durch ihre Vielzahl kleiner und pädagogisch professionell geführter Grundschulen geprägt. Dies ist ein Baustein dafür, dass sich junge Familien weiterhin auch in Göttinger Ortsteilen ansiedeln. Mit der Göttinger SPD wird es deswegen keine Schließung von Grundschulen geben. Im Gegenteil: Wir werden viel Geld in den nächsten Jahren in die Hand nehmen, um das Programm der Einrichtung von qualitativ guten Ganztags-Grundschulen fortzuführen. Mit dem Ausbau der Schulen – vor allem der Grundschulen – zu Ganztagschulen werden sich nicht nur die Fördermöglichkeiten für die Kinder verbessern, sondern auch die Betreuungssituation für berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

- Wir wollen erreichen, dass an allen Schulen die Betreuungszeiten bis 17.00 Uhr ausgedehnt werden. Langfristig und mit Hilfe des Landes soll es auch in den Ferien Betreuungszeiten geben. So soll die Betreuungssituation noch besser auf die Bedürfnisse der Erziehenden abgestimmt werden.

Sieben Grundschulen beteiligen sich am Projekt „Qualitätsentwicklung Ganztagschule – Modellprojekt für Grundschulen [OEGS]“ der Bildungsregion Südniedersachsen. Wir unterstützen im Stadtrat die teilnehmenden Schulen auf ihrem Weg und planen gleichzeitig die Ergebnisse des Modellprojektes möglichst auf alle Grundschulen der Stadt zu übertragen.

Ein weiterer unserer Schwerpunkte wird auch die Verbesserung der Übergangssituationen zwischen den Schulstufen, z. B. durch bessere Zusammenarbeit zwischen den Schulstufen sein.

Wir werden im Zusammenspiel mit dem Land Niedersachsen weiterhin auch die Umsetzung der inklusiven Schule vorantreiben. Göttinger Sozialdemokrat*innen werden im künftigen Stadtrat für eine bessere Ausstattung der inklusiven Schulen mit betreuendem Fachpersonal sowie barrierefreie Zugänge kämpfen. Dabei werden wir alle weiterführenden Schulen bei der Realisierung der Inklusion mit einer besseren sächlichen und personellen Ausstattung unterstützen. Damit soll einerseits der hohen Belastung der Gesamtschulen, die die überwiegende Zahl der Inklusionskinder beschulen, Rechnung getragen werden und andererseits den Kindern, die zum Gymnasium wollen, der Zugang erleichtert werden.

Wir werden auch weiterhin auf ausreichende Schulplatzkapazitäten im Bereich der Sek. 1 drängen – entweder durch den Ausbau der Bonifatiuschule II oder durch die Einführung der „Dualen Schule“, wie unten beschrieben. Auf jeden Fall muss die für die IGS belastende und für Schüler*innen beschämende Form des Unterrichts in sog. Versorgungsklassen so schnell wie möglich beendet werden.

Zugleich muss an allen Schulen die Schulsozialarbeit eingeführt oder gestärkt werden. Da es sich hier um eine Landesaufgabe handelt, werden wir auf Landesebene für die Anhebung des entsprechenden Haushaltstitels eintreten. Es bleibt unser Ziel, dass zunächst die Ganztagschulen einen Anspruch auf Schulsozialarbeiter*innen erhalten. Ausdrücklich beziehen wir dabei die Martin-Luther-King-Schule (Förderschule Lernen) mit ein. Das gilt sowohl für die Ausstattung als auch für die Schulsozialarbeit.

VON DER SCHULE ZUM BERUF – ERRICHTUNG DER DUALEN SCHULE

Der zweite Bildungsbericht Südniedersachsen (2019) zeigt deutlich, dass Handlungsbedarfe im Bereich der Berufsorientierung in der Region vorhanden sind. Eine steigende Anzahl an Schüler*innen besucht das Übergangssystem der Berufsbildenden Schulen, um auf diesem Weg ihre Chancen auf eine Berufsausbildung zu erhöhen. Diese Entwicklung wollen wir – koordiniert und auch unterstützt durch die Bildungsregion Südniedersachsen – mit einer guten Berufsorientierung in den Schulen unserer Stadt unterstützen und den Übergang von der Schule in den Beruf zukünftig mehr in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken.

Viele unserer weiterführenden Schulen partizipieren an den verschiedenen Projekten der Bildungsregion, sie entwickeln Ideen, Konzepte und Bausteine zur Berufsorientierung in der SEK II oder sie sind Teil der Initiative SchulBetrieb und gehen mit Unternehmen vor Ort eine Partnerschaft auf Augenhöhe ein. Hierbei werden wir die Bildungsregion und die Schulen weiterhin unterstützen. Wir sehen diese zusätzliche Arbeit der Lehrkräfte als sehr wertvoll und zukunftsweisend für unsere Schüler*innen an.

- Die Berufsbildenden Schulen werden wir anknüpfend am regionalen Übergangsmangement deshalb darin unterstützen, ihre Brückenfunktion zur Integration in die Berufsausbildung wahrnehmen zu können.
- Zugleich halten wir aber daran fest, das Prinzip der Berufsorientierung durch Einrichtung einer „Dualen Schule“ bereits ab dem Beginn der weiterführenden Schulen im 5. Schuljahr noch weiter zu stärken. Diese Schule kann entweder durch die Weiterentwicklung einer schon bestehenden Schule, wie z. B. der Bonifatius-Schule II oder durch die Einrichtung einer neuen Schule entstehen.

Unser Ziel ist es dabei die Vielfalt der Göttinger Schullandschaft durch Einrichtung einer Schule zu ergänzen, die in ihrem Konzept und der Unterrichtsorganisation intensiver die Berufsorientierung durch das Angebot beruflicher Bildungsinhalte einschließlich des praktischen Lernens verfolgt. Durch die stärkere Berücksichtigung beruflichen Lernens im Unterricht (Lernen für berufliches Handeln) und praktischem Lernen (Lernen durch berufliches Handeln) wollen wir stärker auf Unterschiede des Lernverhaltens und der Lernwege von Schüler*innen eingehen und zugleich einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Die Schule soll deshalb praxisorientiertes Lernen mit gleichzeitiger intensiver Förderung verbinden und damit Lernerfolgserlebnissen auf vielen, eben auch praktischen Wegen organisieren. Zugleich soll es eine enge Kooperation mit Berufsschulen geben, an denen auch der berufsbezogene Unterricht erteilt wird. Längere Praktika in Göttinger Industrie-, Handwerks-, Handels-, Dienstleistungs- oder öffentlichen Betrieben sind ein zentraler Bestandteil des Konzeptes. Gleichzeitig soll aber das Erreichen aller Abschlüsse bis zum Abitur möglich sein.

Die Schule soll als jahrgangsbezogene Oberschule organisiert sein, um sowohl die intensive Förderung als auch die ständige Durchlässigkeit zu gewährleisten. Sie stellt ein Angebot an jene Kinder dar, die sich schon während ihrer Schulzeit möglichst optimal für einen später möglichen Berufswunsch vorbereiten und sich gleichzeitig alle weiterführenden Schulwege offenhalten wollen.

SCHULENTWICKLUNG – KONSEQUENZEN AUS COVID 19

Die SPD Göttingen wird für ihre weitere Schulpolitik alle Erfahrungen mit den Folgen der Covid-19-Pandemie zusammenführen, um daraus für die Stadt Göttingen als Schulträger die Konsequenzen für die Gestaltung von Schule und für den Bau oder die Sanierung von Schulraum in der Zukunft zu ziehen.

- Schon jetzt sind erste Konsequenzen absehbar. Die Schule müssen so ausgestattet werden, dass sie ihr Hygienekonzept nachhaltig umsetzen können. So ist es sinnvoll, in den Klassen die Doppeltische durch Einzeltische zu ersetzen und Möglichkeit zum Schutz vor Aerosolen und den effektivsten Luftaustausch zu schaffen.
- Während des „Shutdowns“ der Schulen sind nicht alle Lernenden in gleicher Weise erreicht worden. Kindern und Jugendliche, die keinen Internetzugang haben, denen es an Endgeräten oder am eigenen Zimmer zum Lernen mangelt, sind stark benachteiligt. Dem kann dadurch entgegengesteuert werden, dass Lernräume in Stadtteil- oder Familienzentren oder auch in Schulen geschaffen werden. Dort müssen flankiert mit zusätzlichem Personal Stütz- und Fördermaßnahmen aufgebaut werden.
- Langfristig bedeutet es, dass die Schüler*innen mehr Platz zum Infektionsschutz, aber auch für zukunftsfruchtige Methodik benötigen. Da alte Räume nicht vergrößert werden können, wird sich die SPD beim Kultusministerium weiter für kleine Klassen einsetzen, was natürlich zusätzlichen Raumbedarf zur Folge hat. Weiterhin müssen die Göttinger Schulbauplanungen unter dem Gesichtspunkt Infektionsschutz überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Diese Überlegungen müssen sich – genau wie die folgenden Überlegungen zur digitalen Ausstattung der Schulen – im Schulstättenentwicklungskonzept (SSEK) niederschlagen. Wir werden hier prüfen, ob weitere Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt werden können.

DIGITALE SCHULENTWICKLUNG – ÜBER COVID 19 HINAUS

Auch als Konsequenz aus der Pandemie wird die SPD Göttingen ihren Kurs fortsetzen und weiter für eine zügige Ausstattung der Schulen mit einer zukunftsorientierten und modernen Infrastruktur (u. a. durch Neue Medien; Schulbibliotheken bzw. -mediatheken) eintreten.

- Eine wichtige Aufgabe wird die digitale Transformation der Schule sein. Der Part der Stadt ist mit dem Medienentwicklungskonzept beschlossen und festgelegt. Die SPD wird die dazu nötigen Mittel in die kommenden Haushalte einstellen. Wir werden dafür sorgen, dass die Gebäude zügig mit der notwendigen Hardware versehen werden und wir wollen darauf achten, dass dabei die pädagogischen Konzepte der Schulen berücksichtigt werden.
- Wir werden Personalstellen schaffen, damit die Hardware und die Netze der Schulen durch städtische IT-Mitarbeiter betreut und gewartet werden. Zusätzlich muss jede Schule eine IT-Person als „Schnittstelle“ zur Stadt vorhalten. Wir streben eine Arbeitsgruppe an, der die städtischen und schulische IT-Beauftragten sowie die pädagogischen Leiter*innen der Schulen angehören. In dieser Arbeitsgruppe sind die schulischen IT-Mitarbeiter*innen fortzubilden und zu schulen.

ZWEITER BILDUNGSWEG

Traditionell ist es der SPD ein besonderes Anliegen, auch die Möglichkeiten des „Zweiten Bildungsweges“ zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe aller zu stärken. Deshalb werden wir das Abendgymnasium und weitere freie Träger mit Weiterbildungskonzepten im Bereich der Erwachsenenbildung weiter fördern.

Insbesondere werden wir unser Augenmerk auf den Erhalt der Qualität der VHS legen und gemeinsam mit dem Landkreis die aktuellen Probleme, die durch die Pandemie noch verstärkt wurden, angehen. Dazu gehört zunächst die Gestaltung einer ausreichenden Finanzdecke der VHS, die durch die notwendige Festeinstellung von Lehrkräften im Bereich des Zweiten Bildungsweges und den Verlust der sehr kostengünstigen Räumlichkeiten in der Hans-Christian-Andersen-Schule und nunmehr anfallenden höheren Mieten notwendig geworden ist. Hier sehen wir – neben eigenen Konsolidierungsbemühungen der VHS – die Stadt und den Landkreis in der Pflicht, das entstandene strukturelle Defizit aus steigenden Personal- und Mietkosten für die VHS planbar auszugleichen.

Generell wollen wir das Profil der VHS als Einrichtung der Erwachsenenbildung und des Zweiten Bildungsweges schärfen und ihr dafür kurzfristige Hilfen und eine langfristige Perspektive geben. Dazu gehören:

- Aktuell die Gleichstellung der VHS (und auch anderer Bildungseinrichtungen in diesem Spektrum) mit den Einrichtungen des Ersten Bildungsweges im Rahmen der Corona-Verordnungen, die die VHS durch das generelle Präsenzverbot stärker einschränkt als die Einrichtungen der beruflichen Bildung und des Ersten Bildungsweges. Darunter leidet gerade die Arbeit mit stärker benachteiligten Teilnehmenden (u. a. die Integrations- und Deutschkurse auf niedrigem Sprachniveau sowie der 2. Bildungsweg). Hier ist die Aufrechterhaltung der Angebote im digitalen Format sehr schwierig.
- Langfristige Hilfen bei der Umstellung eines Teiles des Unterrichtsbetriebes auf digitales Lernen und Angebote und – falls nötig – weitere Hilfen bei der personellen Absicherung des Zweiten Bildungsweges.
- Die Prüfung, ob es möglich ist, Lernstätten der VHS in unmittelbarer Innenstadtnähe zu etablieren.

Zugleich werden wir bei der Finanzierung der VHS allerdings auch das Land Niedersachsen nicht aus der Verpflichtung für die Erwachsenenbildung entlassen, sondern auf eine Erhöhung der Zuschüsse drängen.

BILDUNGSREGION SÜDNIEDERSACHSEN

Wir stehen hinter dem Konzept der staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft für Bildung in der Bildungsregion Südniedersachsen. Wir unterstützen zugleich das Ziel, ein Bildungsmanagement und eine Vernetzung aller Akteure in der Region zu schaffen, bei dem eine hohe Qualität der Bildungsprozesse sowie Chancengleichheit im Fokus steht. Gerechte, transparente und abgestimmte Bildungszugänge sollen initiiert, barrierearme Übergänge modelliert und eine Verbesserung des Bildungsstandortes Südniedersachsen angestrebt werden.

Dies kann auch unter dem Dach der Südniedersachsenstiftung stattfinden. Allerdings muss dabei die bisherige bildungspolitische Zielrichtung erhalten bleiben wie auch die kommunale Steuerung. Deshalb stehen wir strikt für eine weitgehende inhaltliche Autonomie der Bildungsregion unter dem Dach der Stiftung und gegen Einsparungen beim Personal. Nur wenn dies gesichert ist, werden wir weiteren Zuschüssen aus dem Haushalt der Stadt für die Bildungsregion zustimmen.

Die Bildungsregion könnte mit der Vernetzung aller Bildungsakteure in der Region zum Kern und Ausgangspunkt für die „Bildungshauptstadt“ Göttingen werden.

HOCHSCHULLANDSCHAFT UND FORSCHUNGSINSTITUTE

Göttingen ist ein starker und innovativer Hochschulstandort. Wir werden die weitere positive Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft kooperativ begleiten, die nötigen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen schaffen und gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung die gemeinsamen Interessen von Stadt und Hochschulen vertreten.

Neben der Universität sind mittlerweile alle großen Forschungsgesellschaften in Göttingen ansässig. Fünf Max-Planck-Institute, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt der Helmholtz-Gesellschaft und das Deutsche Primatenzentrum haben gemeinsam mit der Universität und der Akademie der Wissenschaften den „Göttingen Campus“ aufgebaut. In absehbarer Zeit wird auf Initiative unseres verstorbenen Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann ein Fraunhofer Institut nach Göttingen kommen. Ergänzt wird der „Campus“ noch durch die Hochschulen HAWK und Private Hochschule PFH.

Um als Wissenschafts- und Forschungsstandort zu punkten, werden wir Diversität und Offenheit unserer Stadtgesellschaft fördern und durch Vergünstigungen für Studierende sowie den Erhalt der Kultureinrichtungen die Attraktivität der Stadt erhalten.

Die Universität, die Fachhochschule (HAWK), die Private Fachhochschule und die Forschungseinrichtungen sind schon jetzt wichtige Arbeitgeber, von denen positive Impulse in alle Bereiche der Stadtgesellschaft ausgehen. Ca. 15.000 Menschen arbeiten hier. Es gilt, ihre Funktion als Innovationsmotor der Stadt und des Umlandes auszubauen. Dazu werden wir auch gegenüber dem Land – gemeinsam mit dem Wissenschaftsbereich – eine ausreichende Finanzierung einfordern.

- Als kommunalpolitische Aufgabe sehen wir weiterhin die erfolgreiche und produktive Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in unserer Region an. Wir wollen mit einer Qualifizierungsoffensive Fachkräfte von dem hervorragenden Hochschulstandort profitieren lassen und unser Knowhow in der Region ausbauen. Mit Weiterbildungseinrichtungen wollen wir den Kontakt intensivieren, um Konzepte zu entwickeln, die auch in Zukunft die besten und klügsten Köpfe in und um Göttingen halten.
- Wir wollen die Folgen der Pandemie für den Forschungs- und Lehrbetrieb mindern und Kooperationsangebote für unsere Hochschulen schaffen, damit wir auch weiter als Standort der Weiter- und Hochschulbildung im Land attraktiv für Forschung und Lehre bleiben.
- Die Pandemie hat die Studierenden hart getroffen. Geschlossene Gebäude, fehlende Ausstattung für die digitale Lehre und weggefallene Nebenjobs haben auch in Göttingen zu Studienabbrüchen und finanziellen Engpässen der Studierenden geführt. Falls die Krise noch weiter anhält und auch in Vorschau auf die nächsten Jahre muss dazu über einen Fonds für einmalige Unterstützungen und entsprechende Regelungen des BAföG interveniert werden. Dies werden wir gegenüber der Landes- und Bundesebene einfordern.
- Dazu gehört auch unsere Unterstützung für das Studentenwerk gegenüber dem Land, das durch die Folgen der Pandemie langfristig in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist.
- Dazu gehört aber vor allem auch die Unterstützung der Universität für genügend Ressourcen für den digitalen Umbau der Lehre, wobei wir aber Konzepte einfordern, die den Bereich des sozialen Lernens während eines Studiums im direkten Kontakt mit anderen Studierenden erhalten.
- In diesem Zusammenhang werden wir uns massiv auf der Landesebene für eine Rücknahme der aktuellen Sparvorgaben einsetzen. Niedersachsen und Göttingen dürfen nicht bundesweit bei der Hochschulfinanzierung „in den Keller“ rutschen.

Kulturpolitik: Kulturelle Vielfalt und Teilhabe für Alle

KULTUR FÖRDERN, VIELFALT ERMÖGLICHEN UND TEILHABE ENTFALTEN

Die Covid-19-Krise hat die Kulturszene allgemein und besondere die Freien Künstler*innen hart getroffen und oft in existenzielle Not gebracht. Die Spendenaufrufe und Hilfsinitiativen in der Stadt haben klar gemacht, dass neben der häufig nicht ausreichenden Hilfe von Bund und Land Solidarität ein wichtiger Schlüssel ist, um den individuellen Herausforderungen unserer Kultureinrichtungen gerecht zu werden. Die SPD Göttingen hält es somit für wichtig unter Mitwirkung der Stadt auch die Solidarität unter den Einrichtungen durch die Schaffung eines Kulturnetzwerkes selbst zu stärken und zu verstetigen.

Bei der Umsetzung des Netzwerkes müssen einige Eckpunkte beachtet werden. Es dürfen keine Doppelstrukturen geschaffen werden. In enger Zusammenarbeit mit bestehenden Netzwerken (Kulturis, KUNST e.V., Stellwerk, etc.) sollen die konkreten Bedarfe und Leistungen erörtert werden, z. B. die Vernetzung mit Stellen der kommunalen Verwaltung, der Politik und den Kulturschaffenden. Das Netzwerk soll Denkräume freigeben und neben gegenwartsorientiertem Austausch und Hilfestellungen, auch eine Zukunftsperspektive ermöglichen.

Zugleich werden wir, um die Kultureinrichtungen nicht alleine zu lassen, dafür eintreten, dass nach dem Ende der Pandemie die Stadt ein Programm auflegt, mit dem die Kulturszene in Göttingen wieder aufblühen kann.

Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass Covid-19 keine eigene politische Kategorie ist. Es ist nur Auslöser einer Krise, die schon bestehende Missstände zugespitzt zeigt. Unzureichende Förderung, Probleme mit der Zugänglichkeit und Wertschätzung von Kultur in ihren vielen Spielarten sind keine Phänomene, die erst mit der Krise aufkamen. Daher sollten Lösungen und Konzepte für solche Probleme und Situationen nicht nur kurzfristig für die aktuelle Krise ihre Wirkung entfalten, sondern langfristig sichernd wirken.

- Wir stehen dafür ein, dass die städtische Kulturförderung der vergangenen Jahre fortgesetzt und, wo es die knappen Haushaltsmittel zulassen, weiter ausgebaut und mittel- und langfristig angelegt wird. Wir stehen für die Kompensation tariflicher Lohnsteigerungen durch die öffentliche Hand, die keinesfalls zu Lasten der Haushalte der einzelnen Kultureinrichtungen gehen dürfen.

Besonders berücksichtigt werden müssen die Solo-Selbstständigen und die freischaffenden Künstler*innen. Ihnen muss ermöglicht werden, weiterhin als freie Kulturschaffende tätig zu sein, wobei sie sich ungleich mehr gesetzlicher Hürden gegenüber sehen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bei den Förderungen nicht Solo-Selbstständige und Freischaffende vergessen werden und darüber hinaus Impulse und Innovationen junger Menschen aufgenommen werden. Die Pandemie darf nicht dazu führen, Engagement zu „ersticken“.

Um eine wirkliche Teilhabe zu ermöglichen, sollte sich kulturelle Vielfalt nicht nur in der Innenstadt abspielen, sondern auch möglichst nah an allen Bürger*innen der Stadt. Mit der Mehrzweckhalle in Grone, der Festhalle in Weende, der Kleinkunsthalle in Geismar oder den zahlreichen engagierten Kirchengemeinden in Göttingen sind nur einige Spielorte genannt, an denen kulturelle Veranstaltungen stattfinden (können).

- Wir wollen das Ziel weiterverfolgen, Kultur in die verschiedenen Quartiere zu bringen. Hierzu muss die Infrastruktur in den Ortsteilen ertüchtigt werden. Bühnentechnik sowie Bestuhlung oder Gastronomie müssen ausgebaut werden, um Kulturinstitutionen auch gute Möglichkeiten einer kulturellen Nutzung geben zu können.

THEATER

Mit dem Deutschen Theater und dem Jungen Theater hat die Stadt zwei erfolgreiche Spielstätten. Darüber hinaus hat sie noch eine Vielzahl anderer Theatervereine und -gruppen zu bieten (z.B. Boat People Project, Domino e.V.) und nicht zuletzt mit dem Theater im OP auch ein universitäres Theater mit Lehrbetrieb und der Möglichkeit, selber zu inszenieren und sich zu engagieren. Diese Theater entfalten über Göttingen hinaus Anziehungskraft. Die Vielzahl an Theatern ist für die Kulturszene deshalb wichtig und zeichnet sich gerade durch ihre Unterschiede und individuellen Programme aus. Das möchten wir erhalten.

- Wir stehen dafür, dass die Sanierung des Otfried-Müller-Hauses (OMH) zügig voran geht, damit das Junge Theater bald wieder an seine historische Spielstätte zurückkehren kann. In den Prozess der Sanierung soll das Junge Theater eingebunden werden, denn die Akteur*innen aus dem Theater kennen ihre Bedürfnisse am besten.

Derzeit dient die ehemalige Voigtschule an der Bürgerstraße als Interims-Spielstätte für das JT und bietet auch Räumlichkeiten für das ebenfalls aus dem OMH ausgelagerte Göttinger Kommunikations- und Aktionszentrum (KAZ) – unter dem Dach der „Kultur am Wall“. Für das KAZ wäre der Verbleib am Standort an der Bürgerstraße eine Verbesserung gegenüber der Rückkehr in das OMH, da hier mehr Räume vorhanden sind, die nach der Sanierung im OMH (aufgrund von Brandschutzverordnungen) dort knapper sein werden als vor der Auslagerung. – Andererseits würde der erneute Umbau des Gebäudes der ehemaligen Voigtschule zurück zu einer Schule, den Verlust großen Investition für die Einrichtung der „Kultur am Wall“ und zudem Kosten für den Rückbau bedeuten.

- Die SPD will deshalb, dass das KAZ dauerhaft in der ehemaligen Voigtschule bleibt und, dass dem Kulturzentrum ermöglicht wird, sein Netzwerk weiter auszubauen und die Räume barrierefrei zu gestalten.

Das Deutsche Theater muss dringend saniert werden. Angesichts der Haushaltslage der Stadt und der Kosten ist dies eine große Aufgabe.

- Wir garantieren, dass die Planungs- und Baumaßnahme am Deutschen Theater zeitnah angegangen werden. Wir werden im engen Dialog mit der Leitung des Theaters das bestmögliche finanzierbare Konzept herausfiltern und die Finanzierung sicherstellen.

MUSEEN UND AUSSTELLUNGSRORTE

Die Göttinger Museums- bzw. Ausstellungslandschaft gewinnt 2021 mit dem bahnhofsnahen „Forum Wissen“ unter Federführung der Universität und dem Kunsthaus Göttingen in direkter Nachbarschaft zum Günter-Grass-Haus zwei große und hochkarätige Ausstellungshäuser mit überregionaler und internationaler Strahlkraft. Sie bereichern die Kulturszene der Stadt, indem sie den vielfältigen, qualitativ hochwertigen Sammlungen und Disziplinen der Universität bzw. international renommierten Künstler*innen Raum zur Präsentation bieten und diese an ein breites Publikum vermitteln. Dadurch ergänzen sie bestehende Ausstellungs-Einrichtungen, wie das Künstlerhaus, den Kunstverein und das Stadtmuseum in hervorragender Weise um neue Aspekte. Darüber hinaus liefern viele Sammlungen der Universität (z. B. die Archäologische Sammlung) im Rahmen der „Sonntagsspaziergänge“ und weiterer kultureller Veranstaltungen einen enormen Beitrag zur Kultur der Stadt Göttingen, die auch neben dem „Forum Wissen“ weiter bestehen bleiben.

Das „Forum Wissen“ wird nicht nur reiner Kulturmagnet sein, es wird auch die Strahlkraft der Stadt als Tourismusstandort stärken und somit zugleich die (Kultur)wirtschaft stärken. Das Kunsthaus ist Herzstück des sich weiter entwickelnden Kunstquartiers (KuQua). Dieses bietet die Chance zur Aufwertung der südlichen Innenstadt

– mit dem ebenfalls neu entstandenen Jim-Dine-Pavillon und seiner Raum-Installation des amerikanischen Pop-Art-Künstlers und bereits bestehender und potenziell sich zusätzlich ansiedelnder Kreativwirtschaft.

- Es ist unser erklärtes Ziel, die beiden neuen “Player” in Göttingen gut zu verankern und langfristig zu fördern – natürlich bei gleichzeitiger Sicherung und Förderung der schon bestehenden Einrichtungen.

Mit den beiden neuen Häusern ist die Idee eines “Kulturdreiecks” verbunden, deren dritter Eckpunkt ein neu gestalteter Albani-Platz sein soll. Neben der Umgestaltung des Platzes als attraktiver Aufenthaltsort am Rande der Innenstadt und als Spielort für Open-Air-Konzerte, soll dabei auch geprüft werden, ob finanziell der städteplanerisch sinnvolle Abschluss des Platzes zur Herzberger Landstraße durch Gebäude für kulturelle Zwecke, z. B. eine Mediathek, Übungsräume für Musiker o. Ä. zu realisieren ist.

- Unter dem Motto “Kultur am Wall” ist eine attraktive Verbindung der drei Eckpunkte Bahnhofsviertel, südliche Innenstadt und Albaniviertel über den Stadtwall mit dem KAZ, dem Jungen Theater sowie dem Deutschen Theater unser Ziel.
- Das Städtische Museum „Am Ritterplan“ wird am heutigen Standort unter Einbeziehung von Fördermitteln saniert und erhält eine zeitgemäße Präsentation der Stadtgeschichte sowie Räumlichkeiten für Sonderausstellungen mit stadthistorischem Bezug. Mit der Landesdenkmalpflege sind Änderungen und Umbauten zu vereinbaren, die barrierefreie, moderne und attraktive Ausstellungsflächen ermöglichen. Dabei ist das im Jahr 2016 unter Bürgerbeteiligung entwickelte und vom Rat beschlossene Museumskonzept mit einzubeziehen.

LITERATURSZENE

Das Literarische Leben in Göttingen wird insbesondere getragen durch das Literarische Zentrum und den Göttinger Literaturherbst, deren hervorragende Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung – auch in Zusammenarbeit mit den Göttinger Verlagen und Buchhandlungen – wir sehr begrüßen und als wichtigen Kultur-Baustein für unsere Stadt erachten.

- Wir setzen uns für die öffentliche Förderung dieser Einrichtungen weiterhin ein, um die Basisfinanzierung neben den Einnahmen durch Sponsoring und Eintrittsgelder abzusichern.

MUSIKSZENE

Die Musikszene in Göttingen ist vielfältig und muss in Zukunft erhalten bleiben. Göttingen kann stolz darauf sein, gleichzeitig Institutionen wie das Göttinger Symphonie Orchester und die Internationalen Händelfestspiele, aber auch diverse Festivals aus verschiedensten Musikstilen (Open Air im KWP, NDR Soundcheck, Underground Remains, Jazzfestival, etc.) und viele regionale und internationale Musiker*innen ansässig bzw. zu Besuch zu haben. Großes privates Engagement zeichnet diese Musikszene aus, das durch verschiedene Träger*innen (Vereine, Rockbüro, Kreuzberg On KulTour, Chöre, Universität, Kirchen, etc.) unterstützt wird.

- Wir stehen dafür, dass der Musikszene nicht nur die finanziellen Zuschüsse erhalten und langfristig gestärkt werden, sondern dass auch die Infrastruktur vorhanden ist, in der die vielfältige Musikszene Platz hat. Dazu gehören Proberäume zu niedrigen Mieten, Freiräume für Musiker und Musikerinnen, sowie Veranstaltungsräume mit angemessener Ausstattung. Es muss geprüft werden, welche Standorte – in gemeinsamer Nutzung mit anderen Einrichtungen – geeignet sind (so z. B. die Voigt-Schule, das Kulturzentrum Godehardstraße, eine mögliche Bebauung des Albani-Platzes, die Musa, s.u.).

Zudem hat die Covid-19 Pandemie aufgezeigt, dass politische Maßnahmen, die die Gesundheit der Menschen schützen, andererseits die Kulturszene in große Bedrängnis bringen. Insbesondere ist hier die Musikszene betroffen, die sich durch lebendige Konzerte, Festivals und oft auch eine starke Nähe der Künstler*innen zum Publikum auszeichnet. Virtuelle Formate sind nicht immer einfach umzusetzen und Musiker*innen schaffen es

hierdurch nicht, ein erträgliches Einkommen zu erzielen. Somit muss die Politik ebenfalls dafür sorgen, diese Schwierigkeiten aufzufangen.

- Wir setzen uns zum Ziel, ein kommunales Förderungsprogramm zu entwickeln, das hier wirkungsvoll und nachhaltig hilft.

FILM UND KINO

Mit den beiden Programmkinos, Lumière und Méliès, dem dazugehörigen Kinderfilmfest und dem Europäischen Filmfestival Göttingen, dem Kurzfilmfestival, Vereinen wie den Filmkunstfreunden oder dem FilmnetzWerk Göttingen, der Initiative Drehort Göttingen und weiteren Akteur*innen wie das Cinemaxx hat auch die Kino und Filmszene ihren Platz in Göttingen. Früher „Traumfabrik an der Leine“ genannt und u. a. für acht Heinz Erhardt Filme als Drehort gedient, hat Göttingen der Filmkultur viel zu bieten und umgekehrt bereichert die Film- und Kinokultur die Stadt enorm.

- Unser ausdrückliches Ziel ist es, diese Szene zu fördern und zu erhalten.

VERANSTALTUNGSORTE

Stadthalle, Lokhalle und S-Arena bilden in Göttingen ein gutes Trio und werden dies auch in Zukunft dank vieler Anstrengungen, eine gute Lösung für die Stadthalle zu finden, tun. Diese Entscheidung wurde maßgeblich durch die Göttinger SPD getragen, die schon immer die Stadthalle am richtigen Platz „mitten in der Stadt“ sah und die begrenzten Haushaltsmittel durch einen Neubau nicht überfordern wollte, schließlich müssen auch Schulen saniert, Kindergärten gebaut und andere Kultureinrichtungen finanziert werden. Nun aber wird in Göttingen 2022 eine neue „alte“ Stadthalle mit einer verbesserten Akustik, logistischen Situation sowie Bausubstanz entstehen, also eine Kernsanierung in Neubauqualität.

- Doch die Sanierung darf nicht isoliert von Platz, Ort und Innenstadt betrachtet werden, daher werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Umgestaltung des Albani-Platzes als Teil des „Kulturdreiecks“ zügig nach Sanierungsabschluss umgesetzt wird.

Denn Stadthalle und Umfeld sind für den kulturellen Austausch sowie das soziale Leben in unserer Stadt unverzichtbar. Auch den Bau eines Proberaums für das Göttinger Symphonie Orchester sehen wir – wenn finanzierbar – als Option, um vielfältige Möglichkeiten der Kooperation vor Ort zu schaffen.

Die Lokhalle ist neben der S-Arena fest im Göttinger Kulturleben verankert und schafft ein überregionales attraktives Angebot. Das werden wir auch in Zukunft unterstützen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass in beiden Veranstaltungsorten Lokhalle und S-Arena weiter ein gutes Programm gemacht werden kann.
- Beim Aus- und Umbau der Veranstaltungsorte und der Programmgestaltung muss auf Barrierefreiheit geachtet werden. Um Teilhabe in der Kultur wirklich zu ermöglichen, bezieht sich Barrierefreiheit hier auf eine breite Definition und soll auch akustische sowie visuelle, sprachliche, physische und weitere Barrieren abbauen.
- Weiterhin wollen wir überprüfen, welche Freiluftorte für Veranstaltungen ausgezeichnet werden können. Das ist vor allem im Hinblick auf die Pandemie, aber auch darüber hinaus, wichtig, um kleineren Veranstaltungsorten eine Ausweichmöglichkeit zu bieten und trotzdem ihr Programm stattfinden zu lassen. Existierende Hürden freier Veranstalter in der Nutzung von Räumen für 400 oder 1000 Teilnehmende müssen zeitnah abgebaut werden.

Die Göttinger Clubszene (Exil, Nörgelbuff, Freihafen, Dots, Apex, etc.) zählt zu den wichtigen Veranstaltungsorten. Während der Pandemie wurde sehr deutlich, dass diese Spielstätten finanziell nicht abgesichert sind. Gerade regionale Künstler*innen und Bürger*innen der Stadt Göttingen nutzen diese Orte.

- Wir unterstützen besonders die Clubszene, da sie für kulturelle Teilhabe steht. Es muss geprüft werden, ob eine weitere Förderung der Szene möglich ist.

Schließlich konnte auch die Musa in den letzten zwei Jahren ausgebaut werden. 1.250m² wurden als Räumlichkeiten für u. a. die freie Theaterszene, als Atelierräume oder als co-working-space mit Hilfe von Landesförderung hergerichtet. Zudem ist die Musa seit Jahren als Veranstaltungsort für Konzerte, Theater, Tanz und Kontakte zu interkulturellen Projekten in der Umgebung bekannt. Sie beherbergt Übungsräume, Bands und ein Tonstudio. Die mittlerweile auf die Größe eines mittelständischen Betriebs gewachsene Institution nimmt mit seinen einzigartigen Angeboten eine besondere Stellung im Göttinger Westen ein.

- Wir werden die Musa auch in Zukunft weiter unterstützen. U. .a. erscheint es uns sinnvoll, die in Göttingen notwendig werdende Stelle für die Entwicklung der Kreativwirtschaft bei der Musa als Träger anzugliedern.

INTERKULTUR

Mittlerweile haben rund 20 Millionen, also bereits ein Viertel der deutschen Bevölkerung, einen Migrationshintergrund und die Zahl wächst. Grund genug, dass sich dies in der Kulturpolitik widerspiegelt. Bereits 2010 schrieb die UNESCO, dass die Zukunft der Kulturpolitik interkulturell ist, mit der verbundenen Forderung, dass Menschen mit Migrationshintergrund mehr in den kommunal getragenen Kultureinrichtungen sowie Kulturverwaltungen und Entscheidungsgremien der Kulturförderung vertreten sein müssen.

In Göttingen werden bereits finanzielle Zuschüsse an Kulturinstitutionen u.a. unter der Bedingung gewährt, dass es auch Angebote für Besucher*innen- und Nutzer*innen mit Migrationshintergrund geben muss. Besonders engagiert sich hier u.a. das Boat People Project. Zudem stellt der Integrationsrat ein beratendes Mitglied im Kulturausschuss. Und doch existieren kulturelle Projekte von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu häufig noch nebeneinander und nicht miteinander.

- Wir setzen uns zum Ziel, diesen Austausch weiter zu verstärken im Sinne des Brückenbaus und einer Interkulturarbeit, die die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärkt. Möglichkeiten wären hier ein eigener Fördertopf für interkulturelle Projekte sowie für neue und migrantische Kulturinitiativen.

Umweltpolitik: Eine lebenswerte Stadt für Alle

Klimaschutz für Alle

Der Klimawandel schreitet voran. Darum müssen auch kommunale Klimaschutzmaßnahmen nachdrücklich das Ziel verfolgen, bis 2030 große Fortschritte in der CO₂-Einsparung erzielt zu haben, um die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf möglichst 1,5 Grad Celsius einzuhalten.

WIR HABEN SCHON EINIGES ERREICHT

Seit über 30 Jahren wird in Göttingen unter SPD-geführten Stadtregierungen dem Schutz des Klimas hohe Aufmerksamkeit geschenkt. Nicht zuletzt auf Betreiben der SPD wurde der Masterplan 100% Klimaschutz entwickelt, der eine Bestandsaufnahme des Energiebedarfs und der Emissionen vorsah und konkrete Planung von Maßnahmen ermöglicht hat. Etwas später wurde der Plan zur Verkehrsentwicklung und der Luftreinhalteplan gemeinsam mit dem Koalitionspartner verabschiedet.

Um eine breite Öffentlichkeit an den Maßnahmen zu beteiligen, wurde mit den Stimmen der rot-grünen Koalition der Klimaschutzbeirat ins Leben gerufen, in dem Vertreter der größten Vereine, Institutionen und Unternehmen in Göttingen mitwirken.

Die Stadtwerke beteiligen sich von Anfang an intensiv in den Maßnahmen zum Klimaschutz und investieren mittlerweile bis zu fünf Millionen Euro jährlich in den Ausbau erneuerbarer Energien (Photovoltaik) und einer umweltfreundlichen Fernwärme.

Über 1000 Photovoltaikanlagen wurden in Göttingen installiert. Die Fernwärmeversorgung wächst und wird in naher Zukunft zu drei Vierteln aus erneuerbaren Energien und in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden.

Immer wieder gibt es Forderungen nach einer schnelleren Umsetzung der Anstrengungen gegen den Klimawandel, z. B. bereits bis zum Jahr 2030 („Klimastadtplan Göttingen“). Die Göttinger SPD will sich immer wieder von solchen Visionen herausfordern lassen, größer und weiter zu denken in der Umsetzung der Maßnahmen. Wir wissen aber zugleich auch um die realen Möglichkeiten, das fehlende Personal, sowie gesetzliche Randbedingungen und die leeren öffentlichen Kassen. Wir wollen uns nicht so sehr mit dem beschäftigen.

ES GIBT ABER NOCH VIEL ZU TUN

In Göttingen werden in Ermangelung relevanter Windkraftkapazität 9,1% der verbrauchten Strommengen aus erneuerbaren Energien erzeugt. Bundesweit sind es bereits über 40%.

Im Bereich Verkehr konnten im Stadtgebiet trotz Priorisierung des Radverkehrs, z. B. durch den Radschnellweg und Radwegetrassen quer durch die Stadt und in das Umfeld und großen Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr bisher keine markanten Reduktionen des motorisierten Individualverkehrs erreicht werden.

Im Sektor Wärme hat es in der Stadt Göttingen eine jährliche Reduktionen des Verbrauchs (ca. -1 %/a) und ein steigender Anteil an erneuerbaren Energien gegeben, das ist zu wenig.

Wir sehen daher die Notwendigkeit, die Verwirklichung der beschlossenen klimawirksamen Programme stärker voranzutreiben und zusätzliche Maßnahmen zu entwickeln, welche sozialverträglich unsere Zukunft in Göttingen vorbereiten. Wir verstehen das Prinzip der Nachhaltigkeit als besten Leitfaden bei der Fortsetzung der Anstrengungen gegen den Klimawandel. Nachhaltige Betrachtung heißt, neben dem ökologischen Aspekt auch den sozialen – also die Auswirkung auf die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft – und den wirtschaftlichen zu berücksichtigen. Wir wollen den Schwerpunkt auf Maßnahmen legen, bei welchen die Bürger*innen sich die Einsparungen auch leisten können.

UNSERE ZIELE IN ZENTRALEN ARBEITSFELDERN:

STROM

Göttingen verbraucht aktuell ca. 550 GWh Strom. Diese Menge wollen wir in Göttingen oder der nächsten Umgebung erneuerbar produzieren lassen. Zusätzlich muss in den nächsten Jahren für das Einsparen von Energie und Erhöhung der Effizienz der Energienutzung in städtischen Gebäuden und im öffentlichen Raum investiert werden.

Das Potential für regenerative Energiequellen im Stadtgebiet Göttingen ist begrenzt. Nur vier Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität unter 200 kW produzieren erneuerbaren Strom und es gibt wenig Ausbaupotential. Es gibt nur eine Windkraftanlage, die kurz vor Ende ihrer Nutzungsdauer steht. Weitere Anlagen werden aus artenschutzrechtlichen Gründen kaum zu realisieren sein. Ca. 70% der Strommengen aus erneuerbarer Energie kommen heute aus der Biogasverstromung in Kraft-Wärme-Kopplung der Stadtwerke. Hier gibt es nur geringe Ausbaupotentialen. Allerdings kann durch „Import“ von Biomethan aus dem Bundesgebiet ein CO₂-neutraler Betrieb von Blockheizkraftwerken (BHKW) zur effizienten Strom- und Wärmeproduktion ermöglicht werden.

Das größte Potential für erneuerbare Stromerzeugung im Stadtgebiet besitzt die Photovoltaik (PV). Zwar wurden in Göttingen bereits über 1.000 PV-Anlagen installiert, jedoch zeigt das Solarkataster Südniedersachsen, dass weniger als 10% der möglichen Dachflächen genutzt werden. Der wirtschaftliche Vorteil der Eigenversorgung durch eine PV-Anlage sollte deshalb in zunehmendem Maße auch den Bewohnern der Mehrfamilienhäusern und mit geringerem Einkommen zugänglich gemacht werden. Wichtiger ist dabei allerdings die Aufrüstung im Gebäudebestand.

Die SPD Göttingen wird deshalb folgende konkrete Ziele umsetzen:

- Die Nutzung von PV-Strom für den Eigenverbrauch ist wirtschaftlich, darum setzen wir uns für eine städtische Satzung ein, die den Einbau von PV oder solarthermischer Module bei Neubauten obligatorisch macht.
- Die Stadtwerke werden wir auffordern, ihr schon bestehendes Mieterstromprodukt für den Ausbau von PV auf Mehrfamilienhäusern gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft weiter voranzutreiben.
- Die Stadt soll gemeinsam mit der Verbraucherschutzzentrale sowie der ElektriKERinnung eine mehrmonatige Werbekampagne für den Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie starten.
- Die Stadtwerke oder ein Projektierungsbüro sollen in den nächsten zehn Jahren die Errichtung von 400 MWp PV-Parks auf Göttinger Gemarkung mit einer Jahresproduktion von ca. 360 GWh Solarstrom projektieren. Die derzeit diskutierten aufgeständerten Agro-PV-Anlagen sehen wir aus ökonomischer Sicht sehr kritisch, über eine Versuchsanlage kann allerdings nachgedacht werden.
- Der Bau von Windkraftanlagen soll auch in Landschaftsschutzgebieten auf Göttinger Gemarkung möglich gemacht werden, sofern Arten- und Naturschutz dies zulassen.
- Glüh- und Leuchtstofflampen in öffentlichen Gebäuden sollen weiter konsequent auf LED-Beleuchtungen umgestellt werden

WÄRME

Den größten Anteil am Primärenergiebedarf hat in Göttingen der Wärmeverbrauch. Auch wenn dieser Bedarf durch bauliche und technische Maßnahmen (bessere Heizungstechnik, mehrfach verglaste Fenster und Dämmsysteme etc.) mit ca. 1 – 1,5 %/a rückläufig ist, so liegt doch das im Masterplan Klimaschutz angestrebte Ziel von 65% Einsparung in weiter Ferne. Da Handwerker für einen schnelleren Aus- und Umbau der Gebäudesubstanz aktuell nicht verfügbar, bzw. sehr teuer sind, ist es für die nächsten Jahre sinnvoller, den Akzent auf die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmesektor zu setzen, wie dies schon im Gebäudeenergiegesetz vorgesehen ist.

Wir werden deshalb folgende konkrete Ziele umsetzen:

- Die Stadt soll die Möglichkeiten nutzen, beim Verkauf städtischer Grundstücke oder der Erschließung von Neubaugebieten mit Hilfe städtebaulicher Verträge klare Vorgaben für die Nutzung erneuerbaren Energien, von Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis von Biomethan oder der Fernwärme zu machen.
- Dem Ausbau einer möglichst weitgehend regenerativ erzeugten Fernwärme soll weiter Vorrang gegeben werden. Die im Stadtgebiet vorhandenen Quellen von Abwärme (Abwasser, Kläranlage, industrielle Wärme, Rechenzentren) sollen erfasst und in Bezug auf eine Einspeisung in das Fernwärmenetz wirtschaftlich bewertet werden.
- Für die seit Jahren diskutierte Forschungsbohrung für Geothermie müssen Fördermittel von Bund und Land eingeworben werden.

STÄDTEBAU

Der Städtebau, insbesondere in der Form der Quartiersentwicklung ist eine der stärksten Möglichkeiten der Stadt, die Klimaneutralität zu erreichen. Wenn Deutschland im Jahr 2050 klimaneutral sein soll, müssen wir heute Quartiere klimaneutral bauen. Dies bedeutet die kosteneffiziente Bereitstellung von Nahwärme und Quartiersstrom aus der Kraft-Wärme-Kopplung, Holznutzung, Solarthermie und PV-Parks. Beim Bau sollen alternative Baustoffe zum Einsatz kommen.

In der Kombination von energieeffizientem Bauen und der Nutzung von erneuerbaren Energien muss dieses Ziel nicht mit dem Erfordernis nach ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum kollidieren. Im Gegenteil: Die Bürger*innen werden vom Verzicht auf fossile Primärenergieträger profitieren, wenn die CO₂-Zertifikate im Preis ansteigen. Erneuerbare Energien werden in wenigen Jahren Preisvorteile gegenüber Erdgas oder Öl entwickeln.

Am Bau ist es mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz nicht nötig, die Wärmedämmung kostenintensiv zu maximieren, wenn gleichzeitig erneuerbare Energieträger genutzt werden. Bei allen Neubaugebieten und Quartierssanierungen müssen die vorhandenen Möglichkeiten zur Wärme- und zur Kälteversorgung miteinander verglichen werden. Die Nutzung lokaler erneuerbarer Energien, wie Solar- oder Geothermie, aber auch der Fernwärme ist zu bevorzugen.

Wir werden deshalb folgende konkrete Ziele umsetzen:

- Alle zukünftigen Quartiere der Stadt Göttingen sind klimaneutral und gleichzeitig sozial ausgewogen zu entwickeln. Intelligente (smarte) Wohnlösungen für generationen-übergreifendes Wohnen mit sozialer Interaktion sollen solche Quartiere attraktiv machen.
- Neue Wohnquartiere sind in Zukunft nur zusammen mit einem Mobilitätskonzept zu planen. Dabei soll der motorisierte Individualverkehr zurückgedrängt werden – bis hin zu autofreien Modellquartieren. Zugleich soll dem ÖPNV konsequent Priorität eingeräumt werden und sichere Rad-Schnellweg-Trassen müssen es vorteilhafter machen, mit dem e-Bike in die Stadt zu fahren. Zentrale Parkhäuser für Anwohner sollen den stehenden Verkehr aufnehmen und zugleich Zentren für Car-Sharing, E-Mobilität und multimodalen Verkehr darstellen (siehe Details im nächsten Abschnitt).
- Erstes Beispiel für ein solches Projekt sollte das „Europaquartier“ sein.

STADTKLIMA

Mit dem Klimawandel wird ein steigender Bedarf nach Klimatisierung in Neubau und Bestand beobachtet. Das kann einen Temperaturanstieg im städtischen Bereich zur Folge haben. Hier muss die Stadt Vorgaben bezüglich der Nutzung erneuerbarer Primärenergieträger für dieses wachsende Marktsegment formulieren.

Gerade in Hinblick auf steigende Temperaturen darf die kontinuierliche Frischluftzufuhr in das Stadtgebiet nicht beeinträchtigt werden. So dürfen lokale Kaltluftschneisen nicht durch Bebauung blockiert werden.

- Durch Veränderungsverbote wollen wir die weitere Umwandlung von Grünflächen, etwa von Vorgärten, in Parkflächen für Autos verhindern.
- Einen Rückbau geschaffener Parkplätze in Gartenflächen ist unser Ziel. Ebenso wollen wir die Umgestaltung von Gärten in Schottergärten regulieren bzw. unterbinden. Hier wird ein Rückbau angestrebt.
- Das Klima soll auch durch Fassaden- und Dachbegrünung verbessert werden. So kann in Neubaugebieten und im Altbestand eine zusätzliche grüne Lunge der Stadt entstehen.
- Um die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu stärken, muss ein Stadtgrün- und Gewässerplan zunächst für die Innenstadt entwickelt werden.

Die letzten Starkregen haben gezeigt, dass das Konzept der Stadtentwässerung nicht nur unzureichend, sondern auch schädlich ist.

- Gerade in den noch zu planenden Neubaugebieten wollen wir deshalb der Idee der „Schwammstadt“ Rechnung tragen: nicht nur Ableitung, sondern auch Rückhalt und Versickerung von Regenwasser soll Raum gegeben werden. Dieses kann auch im Bestand gefördert werden, indem in Gärten oder öffentlichen Flächen der Bau von Zisternen und Bereichen zur Regenwasserversickerung unterstützt wird.
- Weiterhin wollen wir prüfen, ob und in welchem Umfange verrohrte Wasserläufe wieder geöffnet werden können.

WASSERSTOFF

Die nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung wird für den Verkehrssektor und die industrielle Nutzung in Zukunft eine große Rolle spielen. Wir werden dafür eintreten,

- dass sich Göttingen um die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle bemüht.
- dass das Wasserstoffprojekt des SNIC unterstützt und die Gewinnung von grünem Wasserstoff in einem Pilotprojekt realisiert wird. Zeitgleich sollen die Verkehrsbetriebe die Weiterentwicklung der beschlossenen Strategie für elektrisch basierten ÖPNV zu wasserstoffbasiertem Busverkehr prüfen.

Mobilität für Alle – Verkehrswende in Göttingen

Mobilität ist für jeden von uns ein wesentliches Moment der individuellen Lebensgestaltung. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger*innen und die der Wirtschaft sind ein Grundelement unserer Lebensqualität. Diese Mobilität braucht aber eine nachhaltige Verkehrswende. Wir müssen zugunsten einer wirksamen Umweltpolitik anfangen umzudenken. Für die SPD Göttingen ist diese Verkehrswende verbunden mit einer Verringerung des PKW-Verkehrs.

Wir wissen dabei: Diese Verkehrswende bedeutet individuelle Interessen zu überwinden und seit vielen Jahren aufgebauten Barrieren in unseren Köpfe zu überwinden. Wir streben ein häufigeres „Nein“ zum Auto und ein konsequenteres „Ja“ zu anderen Verkehrsmitteln an. Dies kann aber nur gelingen, wenn attraktive Alternativen zur Verfügung stehen und gestärkt werden. Nur dann kann das Autofahren zurückgedrängt werden. Dafür müssen Fahrräder, öffentlicher Nahverkehr und Car-Sharing-Angebote einfach erreichbar und gut nutzbar und das Zufußgehen sicherer möglich sein. Wichtig ist für uns dabei unser Ziel: Wir wollen bessere Luft und mehr Ruhe und Grün in unserer Stadt.

Uns ist jedoch klar: Den PKW-Verkehr werden wir auch zukünftig noch benötigen, solange es noch nicht für alle möglich ist, sich mit emissionsarmen Fahrzeugen zu bewegen. Sei es aus finanziellen Gründen, sei es aus logistischen Gründen, sei es, weil die technologische Entwicklung noch nicht weit genug fortgeschritten ist.

Klar ist doch aber auch: Es muss das Ziel von uns allen sein, dass wir in einer lebenswerten Stadt leben. Dazu gehört eine gute, gesunde und schadstoffarme Luft. Wohngebiete, die Zufahrtsstraßen zur Innenstadt und die Innenstadt selbst müssen von Abgasen und Lärm des privaten Autoverkehrs entlastet werden. Um dieses zu erreichen, will die SPD Göttingen eine leistungsfähige und kostengünstige Verkehrsinfrastruktur gestalten, die die erforderliche Mobilität effizient und nachhaltig organisiert. All dies aber im Abgleich mit den Ansprüchen der Konsumenten, der Wirtschaft und des Handels.

In Zentren wie Göttingen leben die Menschen, weil sie hier ein gutes Umfeld zum Leben finden – vom Schulangebot über die Schwimmbäder bis hin zur Stadtbücherei. Immer mehr Menschen entscheiden sich dafür und sind bereit, enger und dichter als auf dem Land zu leben. Zugleich haben wir durch die Unterordnung der Stadtentwicklung unter das Primat von Auto und Straße viel Raum verloren. Diesen Raum können wir besser für unser Leben in der Stadt nutzen, öffentlich wie privat. Wir müssen uns den Raum wieder erobern.

Die Verkehrswende muss sich aber auch auf Verkehrsströme auswirken, die aus der Region nach Göttingen herein und wieder herausführen. Für die Bewohner*innen der Innenstadt, für die Menschen am Stadtrand und in der Region müssen die Angebote attraktiv gestaltet sein. Dafür müssen sie zuverlässig, einfach zugänglich, inklusiv und vor allem für alle bezahlbar sein. Erste Schritte sind eine gemeinsame Nahverkehrsplanung im ZVSN und die VSN-Tarifreform (Fünf-Euro-Ticket).

Wir werden diese Verkehrswende in den nächsten Jahren Stück für Stück umsetzen – immer gemeinsam mit den Betroffenen. Wir wissen aber, dass ein Zeitrahmen von mindestens 4 -5 Jahren nötig sein wird, um alle Elemente sinnvoll zu planen und zu diskutieren. Es ist deshalb für uns unverzichtbar, die Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung der Bürger*innen bei den Maßnahmen der Verkehrswende zu verstärken.

DIE GRUNDSÄTZE UND WESENTLICHEN HANDLUNGSFELDER UNSERER VERKEHRSWENDE

Bei der Begründung für die Notwendigkeit der Verkehrswende steht die Gesundheit der Menschen an oberster Stelle. Nur durch die Verringerung von Emissionen werden wir die Klimakrise aufhalten und Krankheiten vermeiden, sodass auch zukünftig Göttingen unser Lebensraum und der Lebensraum unserer Kinder sein kann. Verkehr muss zum Klimaschutz beitragen. Zur Vermeidung dieser Emissionen soll auch die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsplanung unter der Prämisse „Stadt und Region der kurzen Wege“ zusammen gedacht werden.

Zugleich muss für eine lebens- und liebenswerte Stadt die Aufteilung der Verkehrsräume auch für das soziale und kulturelle Leben zugeschnitten werden. Auf Straßen und Plätzen findet auch das öffentliche Leben statt. Wir brauchen also mehr Flächengerechtigkeit.

Dabei gilt weiter das Motto: „Wir sind mobil“. Voraussetzung hierfür ist für uns eine effiziente Gestaltung der Verkehrssysteme ohne Einschränkung der Mobilität. Daher gehört zu den zentralen Elementen der Verkehrswende die attraktivere Gestaltung des ÖPNV, des Fuß- und Radverkehrs und des Car-Sharing. Diese vier Alternativen müssen für alle schnell, sicher und effizient möglich sein. Sie müssen weiter finanziell gestärkt und ausgebaut werden, damit sie genauso attraktiv wie der motorisierte Individualverkehr werden und diese Alternativen von mehr Menschen genutzt und bevorzugt werden. Maßnahmen und Strategien müssen aus allen Perspektiven, z. B. der alten Menschen, der Kinder, der Studenten, des Einzelhandels oder der Logistik betrachtet werden.

Und es ist an der Zeit, neue Ideen und neue Methoden auszuprobieren. Wir brauchen kluge und bezahlbare Veränderungsvorschläge und Förderprogramme für die Verkehrswende.

FÜR UNS IST DABEI WICHTIG:

- Eine weitestgehend autofreie Zone innerhalb des Walls. Damit wird Aufenthaltsqualität in der Innenstadt geschaffen. Wir wollen, dass Göttingen erlebbar wird. Hierzu bedarf es der Schaffung von PKW- und Rad-Abstellanlagen entlang des Walls, auf dem Schützenplatz und an den Einfallstraßen. Bei den Parkgebühren gilt das Prinzip: je umweltbelastender und je innenstadtnaher desto teurer.
- Ein Park- und Ride-Konzept mit einem leistungsfähigen ÖPNV-Shuttle-Service von den PKW-/Rad-Abstellanlagen muss geschaffen werden, der günstiger ist als die Nutzung von Parkraum im Innenstadtbereich.
- Neue Wohngebiete müssen zusammen mit einem Mobilitätskonzept geplant werden. Dabei soll der Individualverkehr zugunsten alternativer Mobilitätsformen eingeschränkt oder ganz unterbunden werden.

UNSERE KONKRETE MAßNAHMEN:

Als erste Schritte zu unserem neuen Verkehrskonzept werden wir nach und nach eine Reihe von Maßnahmen einleiten:

- Einführung eines leistungsfähigen Parkleitsystems bzw. Parkraummanagements, damit die ca. 4700 Parkplätze gezielt angefahren werden können. Ziel ist es: Parksuchverkehre zu reduzieren und Stellplätze für die Gestaltung des Lebensraums zu gewinnen.
- Einführung einer Parkraumbewirtschaftung, die durch ihr Tarifsysteem den Umstieg vom Auto in den ÖPNV attraktiver macht und durch günstige Gebühren das Parken in Parkhäusern günstiger macht.
- Den Rückbau von Haltebuchten und Abstellplätzen an Schulanlagen sowie temporären Sperrungen von Straßen an Schulen, um Elterntaxen zu verhindern.
- Zum Schutz von Wohngebieten werden wir nicht nur ein Mobilitätskonzept obligatorisch machen, wir streben auch die Konzeptionierung von sog. „Modalen Filtern“ an, die zulässige Mobilität begünstigen und unerwünschte – wie Durchgangsverkehre – nicht.
- Wir werden weitere flächendeckende Tempo-30-Zonen in bewohnten Gebieten zur Minderung von Lärm und Abgasen ausweisen.
- Sicheres Radfahren ist ein entscheidender Aspekt der Verkehrswende. In den Ausbau von Fahrradwegen und Kreuzungen werden wir deshalb mehr investieren. Ziel ist es, mehr und besser vernetzte Radwege in Göttingen und in das Umland zu bauen. Überall dort, wo Straßen instandgesetzt oder neu gebaut werden (z. B. in Neubaugebieten) sollen komfortablere Radfahrwege mitgeplant werden.

- Den Radverkehrsentwicklungsplan (RVEP) für Göttingen werden wir rasch umsetzen und weiterentwickeln. Dabei kommt dem Ausbau des Radwegenetzes 1 aus diesem Plan eine vorrangige Bedeutung zu. Attraktive Ost-West-Verbindungen sollen damit schnellstens ausgebaut bzw. angelegt werden. Schnellrouten in Umlandgemeinden und in Ortsteile sowie eine noch bessere Verknüpfung mit dem Kreisradwegenetz ergänzen das Konzept. Beim Ausbau von weiteren E-Radwegen können aushilfsweise auch Straßen zu Fahrradstraßen umgewandelt werden. Beispiele hierfür sind:
- der Rückbau der Hannoverschen Straße und Ausbau der dortigen Radwege, um Weende und Bovenden besser für E-Bikes anzuschließen.
- die Vollendung einer Geismar-Trasse, die basierend auf Fahrradstraßen auf halber Anhöhe vom Nordcampus bis nach Geismar führt (Teile davon existieren schon).
- die Entwicklung einer schnellen Radverbindung von Grone in die Innenstadt über den Greitweg.
- Eine Umstiegsprämie für E-Biker (Wer auf dem Weg zur Arbeit unter 5 km das E-Bike nutzt, bekommt einen 250 kWh Gutschein) planen wir einzuführen.
- Erstellung einer neuen Linienplanung für das Göttinger Busangebot, die das Park-und Ride-Konzept berücksichtigt und dabei sowohl Veranstaltungsorte wie die Stadthalle, die Lokhalle und die S-Arena bedient, als auch perspektivisch die P-u-R-Möglichkeiten vom Stadtrand in die City (z. B. von einem neuen Parkplatz auf dem ehemaligen GT-Gelände) in den Blick nimmt. Vorhandene oder neu zu bauende Parkhäuser werden zu Orten des Umstiegs zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln gemacht. Das ÖPNV-Angebot wird als Verbund-Angebot in gemeinsamer Linienplanung und Taktabstimmung mit den Umlandgemeinden des Landkreises Göttingens weiterentwickelt.
- Ein Mobilitätsticket ermöglicht den Teilnehmenden eine günstige und bezahlbare Nutzung des ÖPNV und die kostenlose Nutzung von diebstahlsicheren Radstellplätzen am Wall, in der Innenstadt sowie am Bahnhof.
- Ausbau des Netzes von Ladestationen durch die Stadtwerke.
- Parkraumbewirtschaftung, Parkraummanagement und ÖPNV werden wirtschaftlich in einem kommunalen Unternehmen gebündelt werden. Eine notwendige Steuerung und Bündelung der Angebote und Maßnahmen kann nur aus eine Hand gelingen.
- Es werden Verwaltungsstrukturen aufgebaut, um digitale Technik wie Sensorik, Telematik, Leittechnik oder ein E-Ticketingsystem als Grundvoraussetzungen einer intelligenten digitalen Mobilität einsetzen zu können. Dazu sollen die Göttinger Verkehrsbetriebe zum zentralen Mobilitätsanbieter umstrukturiert werden.
- Die Mobilitätskarte für Göttingen wird neben der VSN-App weiterentwickelt.
- Ein Handels- und Citylogistik-Netzwerk für Göttingen mit Vertretern von Verwaltung, städtischen Institutionen und Vertretern des lokalen Handels wird etabliert. Ziel ist Stärkung der Attraktivität der Innenstadt und der Bündelung von Warenströmen. Die führt zu einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und einer höheren Wirtschaftlichkeit des städtischen Güterverkehrs.

Erholung in der Natur für Alle

Naturschutz und Naherholung sind zwei Dinge, die sich sehr gut ergänzen. Ziel der Göttinger SPD ist es, die so wichtige Naherholung im Umfeld einer Großstadt zu fördern und mit den Interessen des Natur- und Umweltschutzes in Einklang zu bringen.

Göttingen und sein Umland ist die Perle Südniedersachsens. Im Leinetal gelegen zwischen Göttinger Wald und Dransfelder Hochebene, mit attraktiven Natur- und Erholungsflächen im Stadtbereich, den stadtnahen Bereichen und den umliegenden Dörfern. Der Park, der Wald oder ein Schwimmbad liegen um die Ecke. Große Grünflächen und Parks bieten Erholung und sind auch öffentliche Räume zur Begegnung. Die Stadt verfügt mit dem Kiessee und dem Göttinger Wald über zwei nahe gelegene, gut erreichbare Erholungsgebiete. Saubere Luft, Schutz vor Hitze oder einfach nur Entspannung kann dort gefunden werden.

Die SPD-Göttingen will dies bewahren und entwickeln. Dieser Anspruch gründet auf einer langfristig angelegten Umweltpolitik und einer nachhaltigen Stadtentwicklung, sowie der Zusammenarbeit mit zahlreichen Umweltorganisationen und den Naherholungsbedürfnissen seiner Bewohner*innen.

Hierzu verabschiedeten wir bereits einen gut abgestimmten Flächennutzungsplan, der die Erfordernisse einer weiteren Wohnbauentwicklung und die Belange des Natur- und Umweltschutzes kombiniert hat. So konnten wir einer allgemeinen Überbeanspruchung unserer natürlichen Ressourcen entgegenwirken. Hier wollen wir weiter ansetzen, damit sich in Stadt und Umfeld die Natur weiterentwickelt. Wir müssen unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Umwelt und eine intakte Natur hinterlassen.

Das Wachstum Göttingens darf nicht auf Kosten von Umwelt und Lebensqualität künftiger Generationen stattfinden. Deswegen müssen im gleichen Maße bestehende Naturflächen und Naherholungsgebiete gesichert und angelegt, wie neue erschlossen werden. Die Hitzewelle im Sommer 2018, 2019 und 2020 mahnt: Lebensqualität, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit hängen nicht nur von Arbeitsplätzen, Einkommen und Konsummöglichkeiten ab, sondern ebenso vom städtischen Klima und Begegnungsmöglichkeiten im Grünen. Gerade für Bürger*innen mit geringem Einkommen, müssen Flächen für die Naherholung schnell und komfortabel zu erreichen sein.

Wir Sozialdemokrat*innen stehen für eine Vielfalt von Maßnahmen zum Schutz und Erhalt von Umwelt und Natur sowie des Ausbaues der Möglichkeiten für die Naherholung. So werden wichtige Aspekte der Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und verbessert. Dafür werden wir Ziele verfolgen, die für beide Felder eine positive Entwicklung absichern oder einleiten.

Wir wollen die heimische Artenvielfalt erhalten und das Insektensterben so rasch wie es geht stoppen durch

- die Aufklärung und Beratung von privaten und gewerblichen Grundstücksbesitzer*innen wie Grünflächen naturschutzkonformer gepflegt werden können.
- die Beschränkung des Grünschnitts auf Zeiten außerhalb der Wildblumenblüte.
- die ausschließliche Verwendung von heimischen, blütenreichen Pflanzen im Saatgut, u. a. für Blühstreifen an Straßen und Feldrändern, sowie bei der Pflanzung von Bäumen und Sträuchern.
- den schrittweisen Ersatz aller Leuchtmittel im öffentlichen Raum durch insektenverträgliche Lampen mit geringem Blau- und UV-Anteil.
- die bedarfsgerechte Begrenzung der Beleuchtungsdauer durch Bewegungsmelder.
- den Erhalt von innerstädtischen Freiflächen, die dazu beitragen, der innerstädtischen Überhitzung Einhalt zu gebieten. Außerdem sind sie Erholungsraum für die Menschen und Trittstein für die biologische Artenvielfalt.

Wir wollen die Naherholung in den städtischen Grün-, Park- und Waldflächen erhalten und entwickeln durch

- eine naturschutzverträgliche Öffnung des Göttinger Waldes für die Bevölkerung für Freizeit und Erholung. Der Göttinger Stadtwald (z. B. der Kehr) muss als beliebtestes Ausflugsziel in der Region im Einklang mit den Zielen des Naturschutzes gepflegt und entwickelt werden.
- eine Aufwertung des Göttinger Westens als weiterer Schwerpunkt für Naherholung und Naturschutz. Der Westen der Stadt ist stark von gewerblichen Flächen und verdichteter Bebauung geprägt. Wir fordern, dass in Absprachen mit den Ortsteilen, die Offenland- und Waldflächen naturschutzfachlich entwickelt und für die Naherholung erschlossen werden.
- ein besseres Erreichen und Erleben der Publikumsmagneten wie Kehr, Kerstlingeröder Feld, oder Bismarckturm. Wir fordern hier eine abgestimmte Konzeption zwischen den Interessen des Naturschutzes und der Naherholungssuchenden.
- die dringend erforderliche Sanierung und Weiterentwicklung des Göttinger Kiessees. Wasserflächen haben einen hohen Erholungswert. Wir setzen uns für den Erhalt der reichhaltigen Freizeitnutzungen und für eine Vertiefung der Wasserflächen zur sportlichen Nutzung sowie eine weitere Aufwertung der Leineaue ein.
- die Weiterentwicklung von weiteren Naherholungspotenzialen im Nordosten von Göttingen, wie der Billingshäuser Schlucht mit dem Menschenrechtspfad oder den Radwegverbindungen zu den Aussichtspunkte Hünstollen oder Plesse.

Wohnungsbau: Zukunftssichernder Umbau für Alle

Unsere Stadt wächst – entgegen aller Prognosen, die Städten in der Größe Göttingens den Verlust an Einwohnerinnen und Einwohnern vorausgesagt haben. Dies, die unbestreitbare weltweit wirkende ökologische Krise und nicht zuletzt die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Folgen des „Shutdowns“ und der zunehmenden Verlagerung unseres Lebens in die digitale Welt stellen uns vor große Aufgaben. Es geht um nicht weniger als den zukunftssichernden Umbau unserer Stadt.

Die SPD Göttingen will das Wachstum unserer Stadt unterstützen, immer das Ziel der Klimaneutralität – auch beim Bauen selbst – im Blick. Dies verlangt auch die Förderung der sog. weichen Standortfaktoren, gute Schulen und Kindergärten, reizvolle Freizeit- und Sportangebote, spannende Kultureinrichtungen. Vor allem aber die Schaffung von mehr Wohnraum.

Zuallererst brauchen wir bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen, also Neubauten oder Modernisierungen mit Mieten unter 10 Euro. Darum haben wir schon die umfassende Erneuerung der Häuser des sozialen Wohnungsbaus im Ebertal unterstützt. Hier errichtet unsere „Städtische Wohnungsbaugesellschaft“ in musterhafter Verdichtung rund 440 neue Wohnungen, 150 mehr als bisher hier standen. Die Neubauten werden in einer ansprechenden Architektur errichtet und jeder bisherigen Mieterin, jedem bisherigen Mieter aus den Gebäuden, die abgerissen werden, wird im Neubau eine öffentlich geförderte und damit günstige Wohnung angeboten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Beispiel Schule macht, generell in der Stadt und damit auch bei privaten Investoren. Es muss endlich mehr öffentlich geförderter sozialer Wohnraum geschaffen werden.

Das von uns initiierte „Göttinger Bündnis für bezahlbares Wohnen“, in dem sich alle Akteure auf dem Göttinger Wohnungsmarkt – privater, genossenschaftlicher und öffentlicher – selbst verpflichtet hatten, mehr öffentlich geförderten Wohnraum bzw. günstigen Wohnraum zu schaffen, hat unsere Erwartungen nicht im gewünschten Maß erfüllt. Es ist nicht gelungen, ausreichend Sozialwohnungen neu zu errichten. Selbst die entsprechende, zudem in die städtebaulichen Verträge aufgenommene Verpflichtung des Bauens von kostengünstigen Wohnungen hatte nur begrenzt Erfolg. Es gibt einzelne private Investoren, die die Errichtung dieser Wohnungen hintenanstellen.

Auch die von uns in den vergangenen Jahren durchgesetzten ergänzenden Maßnahmen zum Schutz vorhandener Wohnungen und zur Errichtung sozialgeförderten Wohnraumes, wie z. B. die Realisierung der Wohnraumzweckentfremdungssatzung und die zusätzlichen kommunalen Fördermittel bei der Errichtung von gefördertem Wohnraum genügen dabei offenbar noch nicht.

Generell muss auch der allgemeine Bau von neuen Wohnungen beschleunigt werden, denn nur so kommen wir in Göttingen zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes und damit zu Dämpfung der Mietsteigerungen. Da ist in den letzten 5 Jahren viel auf den Weg gebracht worden. Die vielen Kräne in der Stadt machen dies deutlich. Dass dies weitgehend durch Umnutzung von bereits versiegelten innerstädtischen Flächen gelungen ist, freut uns besonders.

Festzuhalten ist, dass wir weitere vor allem bezahlbare Wohnungen in der Stadt benötigen. Als Konsequenz daraus werden wir weitere Maßnahmen einleiten:

- Wir werden uns für den Bau eines neuen zukunftsorientierten und klimafreundlichen Stadtquartiers im Nordwesten unserer Stadt einsetzen, wo die Arbeitsplätze liegen.
- Wir werden die konsequente und offensive Grundstücksbevorratung durch die Stadt im Rat durchsetzen, um Einfluss auf die Grundstückskosten zu gewinnen. Dazu gehört auch das Rückkaufsrecht der Stadt, wenn bebaubare Grundstücke nicht genutzt werden. Auch weitere Optionen, wie Rückfallklauseln, Bauverpflichtungen und Realisierungspflichten werden wir intensiv prüfen.
- Wir wollen den Ausbau der „Städtischen Wohnungsbaugesellschaft“ zu einer großen „Baugesellschaft“ entwickeln.
- Aber wir wollen auch private Investoren gerade für preisgünstigen Wohnungsbau „ins Boot holen“. Deswegen werden wir uns intensiv dafür einsetzen, dass Land und Bund sich finanziell bei der Ermöglichung solcher Bauvorhaben mehr engagieren.
- Wir setzen uns ein für den Ausbau der Innenstadt als attraktives Wohnquartier. Denn eine belebte Innenstadt verlangt vor allem und zuerst die Existenz von Wohnraum. Darum setzen wir uns für die Schaffung von Wohnraum am Standort der Sparkasse und in Teilen des „Gothaer Haus“ gegenüber vom Carré ein.
- Zur Attraktivierung und Vitalisierung der dörflichen Ortsteile werden von den jeweiligen Ortsräten gewünschte und rechtlich zu realisierende integrierte Neubauf Flächen ausgewiesen. Diese ermöglichen ein generationenübergreifendes Wohnen und Leben. Die dörfliche Infrastruktur mit Kindertagesstätten, Schulen, Bürgerhäusern und Vereinsräumen sowie die Anbindung an den ÖPNV werden bedarfsgerecht angepasst.
- Wir unterstützen neuen gemischten Wohnungsbau (auch Geschoßwohnungsbau) in den Ortsteilen, um Seniorinnen und Senioren altersgerechtes Wohnen in allen Wohnformen in ihrem Ortsteil zu ermöglichen.
- Wir unterstützen die zukunftsorientierte Sanierung von Wohnungen, damit unsere Quartiere klimagerecht werden und damit auch morgen noch attraktiv und lebenswert sind. Dabei haben wir ein Augenmerk auf die Mieter*innen. Sie dürfen nicht verdrängt werden und müssen sich die Mieten auch nach der Sanierung noch leisten können. Deshalb unterstützen wir Mieter*inneninitiativen und deshalb bedarf es eines Ausbaus der Bundesförderung (KfW) für die energetische Sanierung.
- Wir werden die Möglichkeiten des neuen Wohnraumschutzgesetzes strikt anwenden, um systematisch und mit langem Atem gegen die Zustände in den sog. Problemimmobilien vorzugehen.
- Housing-First – ein aus Amerika kommender Ansatz der Sozialpolitik –, der das bedingungslose zur Verfügung stellen einer Wohnung für jeden Menschen in den Mittelpunkt stellt, wird inzwischen auch in Deutschland in einigen Städten aufgegriffen. Housing-First- Projekte werden wir gern in Göttingen unterstützen.
- Neben dem konventionellen Wohnraum wollen wir mehr ungewöhnliche, innovative Wohnkonzepte – wie z. B. Co-Housing oder Mehrgenerationenwohnen – in unserer Stadt von der Kernstadt bis zu den Ortsteilen sehen. Diese Ansätze finden unsere politische Unterstützung, denn Göttingen soll vielfältig und bunt werden.
- Generell wollen wir mehr Innen- als Außenentwicklung erreichen. Brachliegende bzw. untergenutzte Grundstücke müssen entwickelt und so die Möglichkeiten der Verdichtung genutzt werden.
- Bauland kann an sehr unterschiedlichen Stellen entstehen. Wir scheuen hierzu auch nicht, überdimensionierte breite Straßen zurückzubauen und damit neuen Wohngebäuden Platz zu bieten.
- Es müssen innenstadtnah Parkhäuser geschaffen werden. Parallel muss der Bau von Quartierparkhäusern in neuen Wohnquartieren unter finanzieller Beteiligung der Bauherren untersucht werden.
- Viele Menschen wollen gern in einem Einfamilienhaus wohnen. Und wir haben auch viele attraktive Quartiere, die diese Wohnform in großem Umfang bieten. Es ist wichtig und gut, dass es bei immer mehr Häusern dieser Art einen Besitzwechsel gibt und den in die Jahre gekommenen Gebäuden mit den Sanierungen der neuen Eigentümer eine Zukunft gegeben wird. Flächen für den Neubau werden wir allerdings – auch vor dem Hintergrund des erforderlichen Natur- und Klimaschutzes – bis zur Beseitigung des Wohnraum Mangels prioritär für den Geschoßbau ausweisen. In diesem Zusammenhang muss darauf

verwiesen werden, dass generell der Bau von mehr Wohnraum – auch mittlerer Preisklassen – schon zur Entspannung des Mietmarktes beiträgt.

Im 2019 auch auf unseren Druck hin verabschiedeten Flächennutzungsplan der Stadt sind 42 ha (420.000 m²) neue Flächen für den Wohnbebau ausgewiesen. Der Prozess bis zum Beginn der Bebauung dieser Flächen aber dauert viel zu lange. Wir wollen deshalb den Prozess der Aufstellung von Bebauungsplänen sowie der Planung und Genehmigung von Wohngebäuden durch eine bessere Struktur in der Verwaltung beschleunigen – auch für Bauten in den Ortsteilen der Stadt Göttingen.

- Dafür soll ein Bürgerbaubüro als zentrale Beratungsstelle eingerichtet werden, das in allen Planungs- und Baufragen berät. Seine Aufgabe ist es, Anträge und Anfragen innerhalb von 10 Tagen mit allen beteiligten Fachbereichen zu erörtern, Entscheidungen herbeizuführen und ergänzende Anforderungen an die Antragsteller zu übermitteln.

Sportpolitik: Raum für Alle

Sport ist integrativ, inklusiv und gesundheitsfördernd, vor allem aber schenkt Sport den Menschen Lebensfreude. Er sollte deshalb von der Kommunalpolitik besonders unterstützt und gefördert werden. Göttingen ist schon eine Stadt des Sportes. In mehr als 115 Vereinen betreiben über 39.000 Göttinger*innen – im großen Maße wöchentlich – Sport. Viele tun dies zusätzlich auch außerhalb von Vereinen.

Sport – indoor wie outdoor – braucht Raum – Sporthallen und Sportplätze, Schwimmbäder und Wasserflächen. Dieser Raum ist wichtig für die Attraktivität von Kommunen, es ist Raum für Menschen. Die Göttinger SPD hat sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv dafür eingesetzt, die Göttinger Sportstätten beständig zu ergänzen und zu erneuern. Darum haben wir die Saunalandschaft im Badeparadies modernisiert, das Groner und das Weender Freibad zu Naturbädern umgebaut und so ihre sichere Zukunft sichern können. Zudem sind in Grone, am Sandweg und in Geismar tolle Kunstrasenplätze entstanden.

Die politische Verantwortung für die großen finanziellen Aufwendungen in der Vergangenheit und in der Zukunft tragen wir gerne. Wir stellen sicher, dass alle Menschen in dieser Stadt die Möglichkeit haben, Sport zu treiben und zu schwimmen oder schwimmen zu lernen.

- Diesen Weg „pro Sport“ wollen wir weiter fortsetzen und über den heutigen Ansatz der Insellösungen hinausführen. Die Göttinger Sportstätten sollen Teil des Stadtraums sein, ihn mitgestalten und in ihn ausstrahlen.

Ein erster Schwerpunkt unserer Initiativen soll das Kieseeareal im Süden der Stadt mit dem Jahnstadion, dem Freibad am Brauweg und – wenn möglich – dem Stadion der SVG bilden. Gerne können sich auch noch die umliegenden Kleingartenanlagen beteiligen. Diese Freizeitstätten wollen wir zu einem großen Natur- und Freizeitareal umbauen – zu einem Sportpark ohne Zäune.

Dabei wollen wir die Modernisierung des Freibads Brauweg. Ziel ist hier der dauerhafte Erhalt der einzigen nennenswerten Göttinger Wassersportfläche: dem Kiessee. Dies macht ein Ausbaggern des Kiessees nötig, um seine weitere Nutzung als Sport- und Naturfläche möglich zu machen. Eine sinnvolle Ergänzung hierzu ist ein von der GWG unterstütztes Projekt zur Errichtung einer Wake-Board-Anlage im Süden am Zulauf des Kiessees. Die dafür benötigten Wasserflächen können als Vorfluter vor dem Kiessee genutzt werden und so zur Reduktion der Sedimenteinlagerung dienen. Allerdings muss hier noch geprüft werden, ob dies mit der geplanten Einrichtung eines Feuchtgebietes im Süden des Kiessees vereinbar ist.

Nicht nur das Kieseeareal im Süden wollen wir weiterentwickeln, auch im Osten Göttingens soll der „Göttinger Wald“ attraktiver gemacht werden. Er wird auf vielfältige Weise zur Naherholung und zum Sporttreiben genutzt. Wir wollen Konflikte der verschiedenen Nutzungsarten befrieden. Es muss uns gelingen, ein friedliches Miteinander von Läufern, Spaziergänger*innen, Mountainbikern und Reitern zu vereinbaren und zu gestalten.

Für uns ist klar: Wo zukünftig Siedlungsentwicklung und Wohnungsbau erfolgen, müssen den Menschen soziale, kulturelle und sportive Angebote gemacht werden. Die Stadt und ihre Gesellschaft, unsere Bürger*innen brauchen dabei den Sport vor Ort. Die Sportvereine im Westen der Stadt unterstützen wir deshalb in ihrem Anliegen, gemeinsame Angebote unter einem Dach zu ermöglichen. Ob dies in Form einer klassischen Sporthalle

oder besser in einem Sport-Multi-Funktionszentrum erfolgen kann, muss ebenso wie der Standort gemeinsam mit den Bürger*innen geprüft werden.

Wir halten daran fest: Die Nutzung der Sportanlagen draußen wie drinnen durch Sportvereine ist weiterhin kostenlos, wenn der Anteil Jugendlicher an den Mitgliedern 20 Prozent oder mehr beträgt. Sollte sich das Erreichen dieses Zieles zukünftig – auch unter den Bedingungen der Pandemie – als schwierig herausstellen, so muss von Verwaltung und Politik gemeinsam mit den Vereinen über Gegenstrategien nachgedacht werden.

Die darüber hinausgehende Sportförderung, die Vereine mit eigenen Anlagen besonders fördert und dank der SPD einen starken Fokus auf die Förderung der Integrationsarbeit von Vereinen legt, wird beibehalten. Im Bereich „Integration“ werden wir sie weiter ausbauen, weil die Mittel für die vielen Projekte schon jetzt nicht ausreichen. Die Angebote reichen von Inklusionssport-Angeboten bis hin zu Integrationssport, z. B. Schwimmkurse für Geflüchtete.

Wir wollen die Freiwilligenarbeit innerhalb des Stadtsportbunds beibehalten. Mit der von der SPD initiierten Freiwilligenagentur gelingt es, in allen gesellschaftlichen Bereichen Freiwillige zu vermitteln. Hiervon profitieren in einem erheblichen Maße unsere Sportvereine.